

Fachbericht

Immigration und Bevölkerungswachstum im Metropolitanraum Zürich

— Auswirkungen, Herausforderungen und Massnahmen





Fachbericht

Immigration und
Bevölkerungswachstum im
Metropolitanraum Zürich

—
Auswirkungen, Herausforderungen
und Massnahmen

Metropolitankonferenz Zürich

Zusammenfassung

Die Metropolitankonferenz Zürich gab am 11. Mai 2012 das Projekt Immigration und Bevölkerungswachstum in Auftrag. Für die Umsetzung wurde ein Kernteam mit Vertretungen mehrerer Kantone und Städte eingesetzt. Es hatte den Auftrag, der Metropolitankonferenz bis Mai 2013 einen Bericht zur Zuwanderung mit Massnammenvorschlägen vorzulegen. Im vorliegenden Fachbericht sind die Auswirkungen auf die Bereiche Wirtschaft/Arbeitsmarkt, Gesellschaft/Integration sowie Raum/Siedlung analysiert, Herausforderungen, die sich stellen, benannt und Massnahmen zum Umgang mit der Zuwanderung aufgezeigt.

Die Zuwanderung wirkt sich in weiten Teilen positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung des Metropolitanraums Zürich aus. Sie widerspiegelt die wirtschaftliche und gesellschaftliche Attraktivität des Metropolitanraums und lässt sich mehrheitlich auf den Bedarf einer gesunden Wirtschaft nach Arbeitskräften zurückführen. Die mehrheitlich gut bis sehr gut qualifizierten Zuwandernden sind wichtig für das Innovationspotenzial und den Forschungsstandort. Das duale Zulassungssystem mit der Personenfreizügigkeit und den flankierenden Massnahmen für den EU/EFTA-Raum auf der einen Seite sowie den Kontingenten für Drittstaatenangehörige auf der anderen Seite dürfte auch für die nächsten Jahre die beste Voraussetzung bilden, um den Bedarf nach qualifizierten Arbeitskräften zu decken und die Wohlfahrt im Metropolitanraum Zürich zu stärken. Allerdings stellt das anhaltende Bevölkerungswachstum den Metropolitanraum auch vor Herausforderungen, zu deren Bewältigung Massnahmen notwendig sind.

Im Bericht werden vierzehn Herausforderungen genannt und 53 Massnahmen vorgeschlagen, deren Umsetzung auf den Ebenen Metropolitankonferenz, Kantone und Städte/Gemeinden empfohlen wird. Viele dieser Massnahmen sind nicht gänzlich neu, weil auch die Herausforderungen nicht nur auf die Zuwanderung zurückzuführen sind. Sie verstärkt vielmehr den ohnehin bestehenden Reformbedarf. Da sich das künftige Bevölkerungswachstum nicht an territoriale Grenzen hält, sollten Gemeinwesen und Organisationen des Metropolitanraums Zürich bei der Umsetzung und der Weiterentwicklung der Massnahmen mögliche Synergien suchen und verstärkt zusammenarbeiten.

Ein wichtiger Ansatzpunkt für Massnahmen im Bereich Wirtschaft/Arbeitsmarkt ist der Mangel an Fachkräften. Er ist der wesentliche Motor der aktuellen Zuwanderung. Das inländische Angebot an Fachkräften, das zurzeit sehr knapp ist, sollte gefördert werden. Dazu sollten insbesondere eine bessere Abstimmung zwischen Ausbildung und der im Arbeitsmarkt nachgefragten Qualifikationen gefördert, die Anteile an Abschlüssen auf der Stufe Fachhochschule und Universität erhöht und das Potenzial der Frauen über eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser genutzt werden. Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sind aufmerksam zu verfolgen, damit die ansässigen Arbeitnehmenden weiterhin nicht verdrängt werden.

Die Integrationsstrategien sind an eine heterogenere Bevölkerung anzupassen. Die Integration über Regelstrukturen wie beispielsweise die Schule oder den Arbeitsmarkt bleibt von zentraler Bedeutung. Die spezifische Integrationsförderung soll den Zugang zu den Regelstrukturen ermöglichen und vor allem ressourcenschwächeren Personen zukommen. Für entsprechende Förderprojekte eignen sich oftmals kleinräumige Strukturen wie Quartiere oder regionale Zentren.

Der Metropolitanraum kann in seinen bestehenden Siedlungsgebieten die zusätzliche Bevölkerung und weitere Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich aufnehmen. Die Strategien zur Siedlungsentwicklung sind kantonale weiterzuentwickeln und namentlich hinsichtlich der Wachstumsräume auch interkantonal besser abzustimmen. Die Siedlungsstrukturierung und eine angemessene Nutzungsmischung zwischen Wohnen, Gewerbe und Industrie sind verstärkt auch durch die regionale und kommunale Ebene zu gewährleisten. Schliesslich gilt es, die Mobilität und die Finanzierungspässe bei der Infrastruktur zu bewältigen.

Inhaltsverzeichnis

1	Hintergrund und Zweck des Berichts	8
1.1	Einleitung	8
1.2	Methode und Aufbau des Berichts	10
2	Zuwanderung in den Metropolitanraum Zürich	12
2.1	Jüngste Entwicklungen der Zuwanderung	12
2.2	Faktoren, welche die Zuwanderung beeinflussen	18
3	Drei Szenarien mit Zeithorizont 2030	20
3.1	Entwicklung der Szenarien	20
3.2	Präsentation der Mengen- und soziodemografischen Szenarien	22
3.3	Einschätzung der Szenarien	28
4	Auswirkungen der Zuwanderung	30
4.1	Wirtschaft/Arbeitsmarkt	30
	Wirtschaftsentwicklung	30
	Fiskalbilanz	31
	Beschäftigung und Löhne	31
	Immobilien- und Wohnungsmarkt	32
	Fazit zu Wirtschaft/Arbeitsmarkt	33
4.2	Gesellschaft/Integration	34
	Verlangsamung der demografischen Alterung	34
	Arbeitskräfte mit Ansprüchen	34
	Heterogene Folgen für die soziale Integration	34
	Konkurrenz und Identität	35
	Fazit zu Gesellschaft/Integration	35
4.3	Raum/Siedlung	36
	Verteilung des Bevölkerungswachstums	36
	Siedlungswachstum	36
	Konzentration auf Zentren	36
	Bauzonenverbrauch	36
	Infrastruktur	37
	Fazit zu Raum/Siedlung	37
5	Herausforderungen und Massnahmen	38
5.1	Wirtschaft/Arbeitsmarkt	39
	Genügend qualifizierte und hoch qualifizierte Fachkräfte (H1)	39
	Abhängigkeit von ausländischen Arbeitsmärkten (H2)	39
	Verdrängung ansässiger Arbeitnehmender (H3)	41
	Soziale Durchmischung und Marktmechanismen im Immobilien- und Wohnungsmarkt (H4)	42
5.2	Gesellschaft/Integration	43
	Verlustängste und Ausgrenzung (H5)	43
	Ausrichtung der Integrationsarbeit (H6)	44
	Partizipation auch ohne Stimm- und Wahlrecht (H7)	46
	Gesellschaftsstrukturen und soziales Engagement im Wandel (H8)	46

5.3	Raum/Siedlung	48
	Räumliche Verteilung des weiteren Wachstums (H9)	48
	Wachstum in den urbanen Räumen (H10)	49
	Verfügbarkeit von Arbeitszonen für Gewerbe und Industrie (H11)	50
	Bewältigung der Mobilität (H12)	50
	Finanzierung der Infrastruktur (H13)	51
5.4	Governance	52
	Steuerung im funktionalen Raum (H14)	52
6	Fazit und Handlungsempfehlungen	54
	Anhang	56
	I Massnahmenliste	58
	II Workshop-Teilnehmende	76
	III Literaturhinweise	77
	Impressum	78

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1:	Arbeitsmodell	10
Abbildung 2:	Definition Metropolitanraum Zürich für das Projekt	12
Abbildung 3:	Wachstum der Bevölkerung in den Gemeinden des Metropolitanraums Zürich 2000–2010 in Prozent	13
Abbildung 4:	Bevölkerungswachstum nach Ursachen	14
Abbildung 5:	Bildungsstruktur der Zugewanderten nach vier Herkunftsregionen	15
Abbildung 6:	Veränderte Herkunftsstruktur bei der Zuwanderung	16
Abbildung 7:	Szenariotrichter	20
Abbildung 8:	Bevölkerungszuwachs 2030 <i>tief, mittel</i> und <i>hoch</i> gemäss Szenario A (proportional zum Bestand 2010), in Tausend	22
Abbildung 9:	Bevölkerungszuwachs 2030 <i>tief, mittel</i> und <i>hoch</i> gemäss Szenario B (proportional zur Entwicklung 2000–2010), in Tausend	23
Abbildung 10:	Soziodemografische Szenarien, verschiedene Variablen	25
Abbildung 11:	Soziodemografische Szenarien: Definition der Teilregionen	26
Abbildung 12:	Soziodemografische Trends im Regionenvergleich für das Mengenszenario <i>hoch</i>	27
Abbildung 13:	Prioritätenmatrix Wirtschaft/Arbeitsmarkt	43
Abbildung 14:	Prioritätenmatrix Gesellschaft/Integration	47
Abbildung 15:	Prioritätenmatrix Raum/Siedlung	51
Abbildung 16:	Prioritätenmatrix Governance	53
Abbildung 17:	Massnahmen je Bereich und Typ	57
Abbildung 18:	Massnahmenliste	58

1

Hintergrund und Zweck des Berichts

1.1 Einleitung

Vor dem Hintergrund der zunehmend intensiv und teilweise kontrovers geführten Debatte über die Zuwanderung in den Metropolitanraum Zürich und deren Auswirkungen hat die Metropolitankonferenz am 11. Mai 2012 das Projekt Immigration und Bevölkerungswachstum gestartet.

Zielsetzung und Abgrenzung

Mit der Zuwanderung und ihren positiven wie negativen Auswirkungen ist der gesamte Metropolitanraum Zürich konfrontiert. Die Bevölkerung des Metropolitanraums Zürich wächst im Vergleich zur übrigen Schweiz stärker. Es stellen sich für alle Gemeinwesen ähnliche Fragen, und es ergeben sich ähnliche Herausforderungen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass. Eine Umfrage bei den Mitgliedern des Metropolitanrats zu einer ersten Projektskizze und die Konzeptarbeiten zum Projekt haben gezeigt, dass die drei Bereiche Wirtschaft/Arbeitsmarkt, Gesellschaft/Integration sowie Raum/Siedlung von besonderer Bedeutung sind. Die Metropolitankonferenz wünschte, dass im Bericht konkrete Massnahmen formuliert werden, da dies in den bisherigen Berichten zur Zuwanderung vergleichsweise wenig geschah.

Die Metropolitankonferenz setzte dem Projekt deshalb als Ziel, die Auswirkungen der Zuwanderung auf die drei Bereiche

- Wirtschaft/Arbeitsmarkt
- Gesellschaft/Integration
- Raum/Siedlung

abzuschätzen, die anfallenden Herausforderungen einzuschätzen und Massnahmen zum Umgang mit den Herausforderungen vorzuschlagen. Das von der Metropolitankonferenz eingesetzte Kernteam hatte den Auftrag, bis im Mai 2013 einen Bericht zu den Projektergebnissen vorzulegen.

Die Metropolitankonferenz zeichnet in ihrer Strategie «Vision für den Metropolitanraum Zürich» ein Bild des Metropolitanraums bis 2030. Übergeordnetes Ziel der Vision ist es, die Lebensqualität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Insbesondere soll dafür im Metropolitanraum besser zusammengearbeitet werden. Der Bericht hat deshalb auch zum Ziel, eine gemeinsame Haltung der Metropolitankonferenz zum Umgang mit der Zuwanderung und ein gemeinsames Verständnis zu den Herausforderungen und Massnahmen zu bewirken.

Stellenwert des Berichts

Der Bericht soll zu einer offenen Auseinandersetzung mit der Zuwanderung beitragen und ein pragmatisches Arbeitsinstrument sein. Er analysiert die Auswirkungen der Zuwanderung und benennt Herausforderungen. Zudem zeigt er Handlungsansätze für die Gemeinden und Städte, Kantone oder Organisationen des Metropolitanraums Zürich, aber auch für die Metropolitankonferenz selbst auf, um auf die Herausforderungen von Wachstum und Zuwanderung zu reagieren. Der Bericht hat verdeutlicht, dass die starke Zuwanderung den bestehenden Reformbedarf in den Gemeinwesen des Metropolitanraums oftmals zusätzlich verstärkt.

Organisation

Die Projektleitung wurde der Staatskanzlei des Kantons Zürich übertragen. Das von der Metropolitankonferenz eingesetzte Kernteam bestand aus Vertretungen der Kantone Aargau (Staatskanzlei) und Zürich (Amt für Wirtschaft und Arbeit, Amt für Raumentwicklung, Statistisches Amt, Staatskanzlei) sowie der Städte Frauenfeld (Fachstelle für Integration) und Zürich (Stadtentwicklung). Das Kernteam hatte den Auftrag, der Metropolitankonferenz bis Sommer 2013 einen Bericht vorzulegen. Im Rahmen von Teilprojekten und Workshops wurden Fachexpertinnen und -experten aus den Verwaltungen der Kantone, Städte und Gemeinden des Metropolitanraums, aber auch aus der Wissenschaft und vom Bund eingeladen. Gut 50 Personen mit starkem Praxisbezug zur Zuwanderungsthematik haben sich so im Projekt engagiert.

1.2 Methode und Aufbau des Berichts

Methode

Das Projekt wurde in vier Schritten realisiert.

Schritt 1: Drei Szenarien zum Ausmass der weiteren Zuwanderung und des Bevölkerungswachstums sowie der räumlichen Verteilung wurden gebildet.

Schritt 2: Die Auswirkungen der Zuwanderung gemäss den drei Szenarien auf die drei Bereiche Wirtschaft/Arbeitsmarkt, Gesellschaft/Integration sowie Raum/Siedlung wurden analysiert.

Schritt 3: Fachpersonen benennen Herausforderungen und mögliche Massnahmen. Vergleich mit den Stossrichtungen («gewünschter Zustand») gemäss Vision 2030 der Metropolitankonferenz.

Schritt 4: Die Projektergebnisse wurden in einem Schlussbericht zuhanden der Metropolitankonferenz aufbereitet.

Diese Methodik ist in Abbildung 1 dokumentiert:

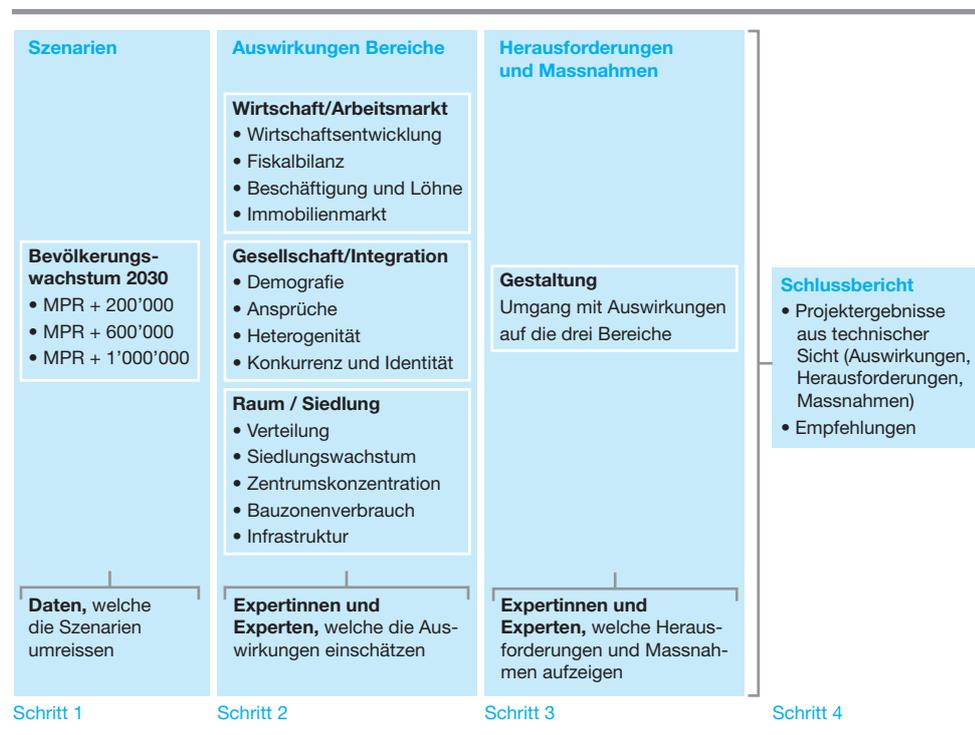


Abbildung 1: Arbeitsmodell

Das Statistische Amt des Kantons Zürich hat in Schritt 1 gestützt auf die Bevölkerungsstatistik drei Mengenszenarien mit deren räumlichen Verteilungen entwickelt. Die Zuwandernden wurden zudem auf der Grundlage der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) soziodemografisch charakterisiert. Aufgrund der heterogenen Datenlage im Untersuchungsgebiet wurde für die Schritte 2 und 3 ein expertengestütztes Vorgehen gewählt, wobei auch vorhandene Studien und Berichte verwertet wurden. Das Kernteam hat schliesslich in Schritt 4 die Projektergebnisse aufbereitet und den vorliegenden Schlussbericht verfasst. Ziel dieses pragmatischen Vorgehens war es, in einem strukturierten Prozess die bestehende Faktenlage in den drei Bereichen zu analysieren und daraus in einem expertengestützten Vorgehen die Herausforderungen und möglichen Massnahmen zuhanden der politischen Entscheidungsträger im Metropolitanraum Zürich zu identifizieren.

Der Bericht stützt sich auf Einschätzungen der Expertinnen und Experten sowie auf vorhandene Studien und Berichte. Besonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang der *Bericht des Bundesrates über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz* von 2012, der *8. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU* von 2012, der *Bericht des Runden Tisches Migration zur Schweizerischen Migrationspolitik 2030* von 2011, die von der Zürcher Kantonalbank herausgegebene *Studie Immigration 2030* von 2009 sowie der von Avenir Suisse herausgegebene Sammelband *Die neue Zuwanderung* von 2008. Eine weitere Auswahl von Berichten und Studien finden sich bei den Literaturhinweisen im Anhang. Zugunsten einer pragmatischen Arbeitsweise und einer besseren Lesbarkeit wird im Bericht auf Einzelhinweise zu Quellen verzichtet.

Aufbau des Berichts

Im Anschluss an die Einleitung beginnt der Bericht in Kapitel 2 mit einem Überblick zur jüngeren Entwicklung der Zuwanderung und der zuwanderungshemmenden und -fördernden Faktoren.

In Kapitel 3 werden die für das Projekt entwickelten Szenarien der räumlichen Verteilung und der soziodemografischen Ausprägung der Zuwanderung präsentiert. In Kapitel 4 werden die Auswirkungen der künftigen Zuwanderung in den Bereichen dargelegt. Die Ausführungen zu den drei Bereichen schliessen jeweils mit einem Fazit.

In Kapitel 5 werden die Herausforderungen benannt und Massnahmen zu deren Bewältigung vorgeschlagen.

Abschliessend wird in Kapitel 6 ein Fazit gezogen, und es werden Handlungsempfehlungen zuhanden der politischen Entscheidungsträger der Metropolitankonferenz formuliert.

Starke Zuwanderung

In den vergangenen Jahren ist die Bevölkerung des Metropolitanraums Zürich stark gewachsen. So hat zwischen 2005 und 2010 die Bevölkerung des Kantons Aargau um rund 40'000 und diejenige des Kantons Zürich um rund 100'000 zugenommen. Im Fall des Kantons Zürich entspricht diese Zunahme etwa der Bevölkerung der Stadt Winterthur, im Fall des Kantons Aargau seinen beiden grössten Städten Baden und Wettingen zusammen.

Im Metropolitanraum Zürich leben gemäss Projektdefinition gegenwärtig rund 2,85 Millionen Menschen. Von 2000 bis 2010 betrug das Bevölkerungswachstum rund 300'000 Personen. Dies entspricht einem jährlichen Wachstum von rund 1,1 Prozent.

Wachstum 2000–2010 (%)

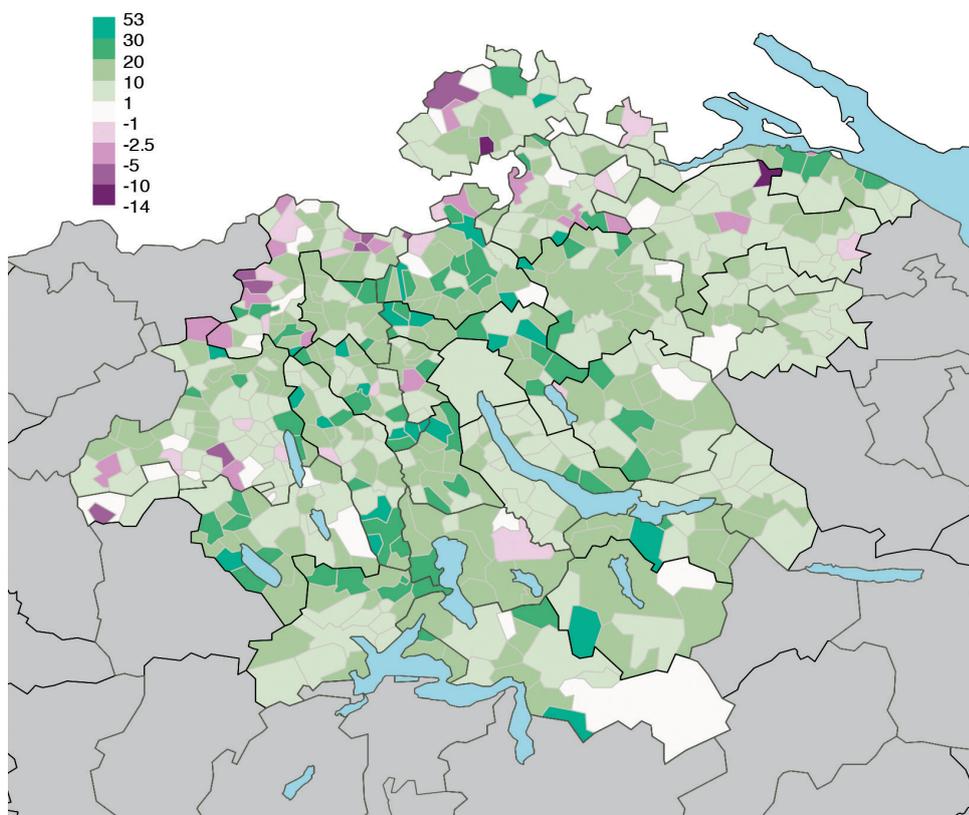


Abbildung 3: Wachstum der Bevölkerung in den Gemeinden des Metropolitanraums Zürich 2000–2010 in Prozent

Zuwanderung als Hauptgrund des Bevölkerungswachstums

Das Bevölkerungswachstum ist hauptsächlich auf die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern zurückzuführen. Andere Faktoren wie der Geburtenüberschuss oder die Binnenmigration tragen nur geringfügig zum Wachstum bei.

Nettozuwanderung im Metropolitanraum Zürich

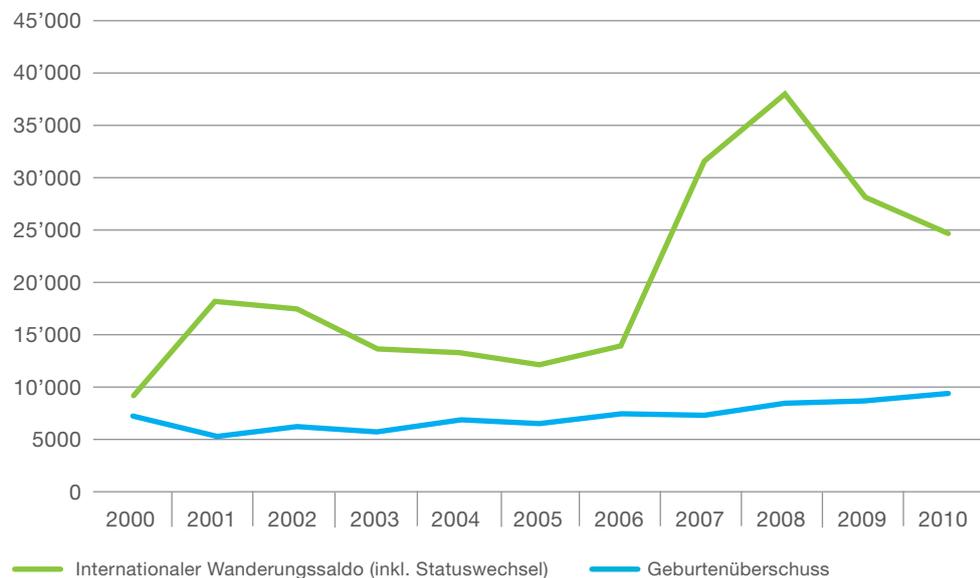
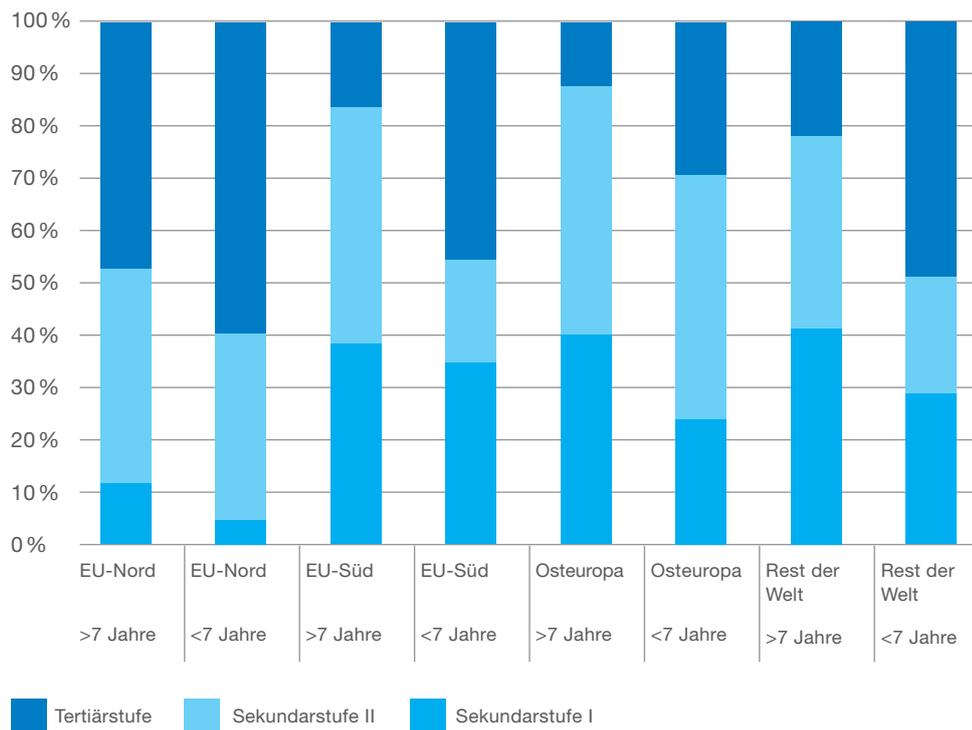


Abbildung 4: Bevölkerungswachstum nach Ursachen

Qualifizierte Zuwanderung

Die Zusammensetzung der Zuwanderung hat sich deutlich verschoben: Immer mehr hoch qualifizierte anstelle von tief qualifizierten Arbeitskräften lassen sich nieder. Während mehrerer Jahrzehnte verfügten mehr als 50 Prozent der einwandernden Vollzeiterwerbstätigen über keine Berufsausbildung und weniger als 20 Prozent über einen Hochschulabschluss. Dieses Verhältnis hat sich inzwischen umgekehrt. Die unten stehende Darstellung zeigt: Bei den Arbeitskräften, die in den letzten sieben Jahren zuwanderten, hat sich der Anteil jener mit einem Hochschulabschluss markant vergrössert – und zwar bei Zuwandernden aus allen Herkunftsregionen. Am ausgeprägtesten ist dieser Trend bei Zuwandernden aus EU-Nord. Beinahe 60 Prozent von ihnen haben einen Hochschulabschluss und weniger als fünf Prozent sind ungelernt. Verringert haben sich bei allen Herkunftsregionen die Anteile von Erwerbstätigen mit Abschlüssen auf der Sekundarstufe I, dies ist noch ausgeprägter auf der Sekundarstufe II. Letzteres ist bis zu einem gewissen Grad auch mit den unterschiedlichen Bildungssystemen im In- und Ausland zu erklären: In der Schweiz besitzt die Berufslehre eine viel stärkere Stellung als in anderen Ländern.

Höchster Bildungsabschluss der zugewanderten nach Herkunftsland und Anwesenheitsdauer



Erläuterung der Herkunftsregionen:

EU-Nord: Deutschland, Österreich, Frankreich, Grossbritannien, skandinavische Länder

EU-Süd: Italien, Spanien, Portugal usw.

Osteuropa: Ex-Jugoslawien, Ungarn, Albanien usw.

Rest der Welt: Aussereuropäische Länder

Abbildung 5: Bildungsstruktur der Zugewanderten nach vier Herkunftsregionen

Zuwanderung aus dem EU/EFTA-Raum

Die Zuwanderung hat mit der Inkraftsetzung des Abkommens zur Personenfreizügigkeit (FZA) 2002, deren späteren Ausdehnung auf weitere EU-Länder sowie mit der Inkraftsetzung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG), das den Aufenthalt und die Niederlassung von ausländischen Personen in der Schweiz regelt, in den vergangenen Jahren ihr Gesicht fundamental verändert. Der Zugang zur Schweiz ist in erster Linie Angehörigen der EU- und EFTA-Staaten vorbehalten. Personen aus anderen Ländern (Drittstaaten) wird der Zugang zum Arbeitsmarkt nur ermöglicht, wenn dies den wirtschaftlichen Interessen des Landes entspricht, insbesondere wenn die Personen über besondere berufliche Qualifikationen verfügen.

Während noch in den 1990er-Jahren drei Fünftel aller Zuwandernden aus Nicht-EU/EFTA-Staaten stammten, hat sich dieses Verhältnis seit der Jahrtausendwende umgekehrt. Der neue Mix ist geprägt durch Zuwandernde aus Nordeuropa sowie Übersee, während die traditionelle Zuwanderung aus den Mittelmeer- und Balkanländern an Bedeutung verliert (EU-Süd, Osteuropa). Häufig sind es aktive, mobile, urban orientierte und hoch individualisierte Personen, die zuwandern.

Herkunftsstruktur bei der älteren und der jüngeren Zuwanderung

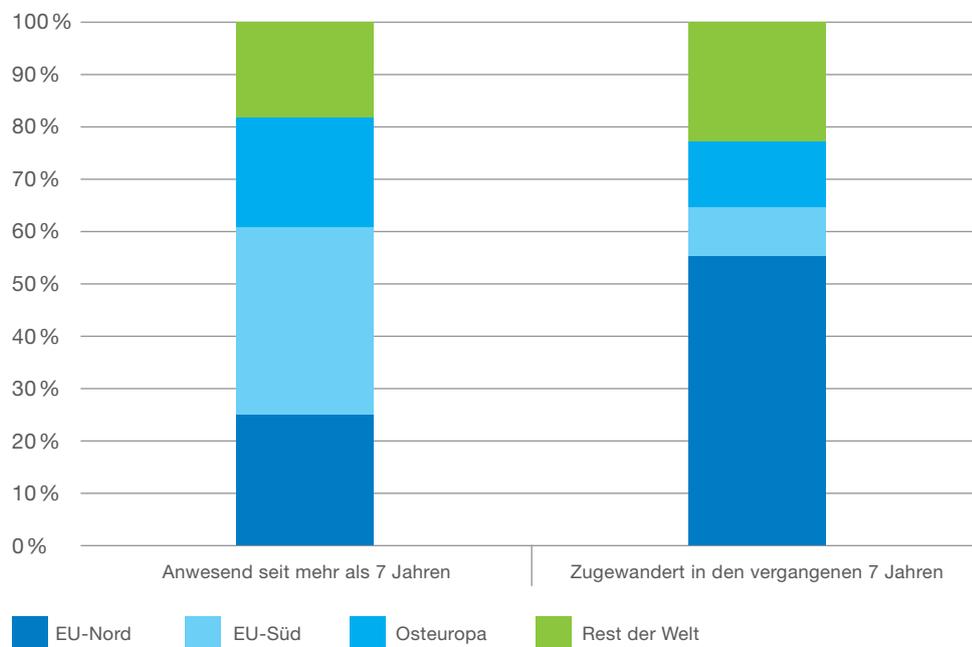


Abbildung 6: Veränderte Herkunftsstruktur bei der Zuwanderung

Angeglichener Aufenthaltsstatus

Die Zuwandernden aus dem EU/EFTA-Raum verfügen aufgrund der Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) mit der EU sowie der EFTA über einen besseren Aufenthaltsstatus als solche aus Drittstaaten. Das FZA enthält weitgehende Garantien zur Zulassung, zum Aufenthalt und zur Gleichstellung mit Einheimischen. Bedingung für die Niederlassung von Personen aus dem EU/EFTA-Raum in der Schweiz ist im Grunde ein Arbeitsvertrag.

Fazit: neue Zuwanderung

Häufig wird in der aktuellen Debatte von der «neuen Zuwanderung» gesprochen. Wesentliche Merkmale dieser neuen Zuwanderung sind das überdurchschnittliche Qualifikationsniveau, die Herkunft aus nördlichen EU- und EFTA-Ländern sowie der rechtlich weitgehend gleichgestellte Aufenthaltsstatus von Zugewanderten und Einheimischen.

Hinter der elementaren Trendänderung in den letzten zehn Jahren steht der grundlegende Strukturwandel der Schweiz von einer Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Dieser Wandel ist noch immer in vollem Gang und hat durch die Personenfreizügigkeit gegenüber Europa zusätzliche Dynamik erhalten. Die wirtschaftliche Situation ist – wie im Gesetz über die Ausländerinnen und Ausländer gefordert – die wesentliche Bestimmungsgrösse für die neue Zuwanderungspolitik.

2.2 Faktoren, welche die Zuwanderung beeinflussen

Steuerung über die Zulassungspolitik

Die heutige Zuwanderungspolitik unter dem Einfluss des FZA und der flankierenden Massnahmen hat den Inländervorrang abgelöst. Die politische Steuerung der Zuwanderung wurde weitgehend von einer durch den Arbeitsmarkt nachfrageorientierten Steuerung abgelöst. Mit dem FZA erfolgte ein Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik, die zuvor ein System der Begrenzung definierte. Bei ausländischen Arbeitskräften aus Nicht-EU/EFTA-Staaten ist die Zulassung nur für qualifizierte Personen möglich, wobei der Inländervorrang gilt. Diese Zulassung erfolgt über Kontingente.

Die Steuerung der neuen Zuwanderung erfolgt also für Personen aus dem EU/EFTA-Raum weitgehend über die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, für Personen aus Drittstaaten letztlich politisch über Kontingentierungen. Daneben werden nur Personen im Rahmen des Familiennachzugs und aus humanitären Gründen (Asylbereich) zugelassen.

Migrationstreibende und migrationshemmende Faktoren

Der runde Tisch Migration, an dem Vertreter und Vertreterinnen der grossen Parteien, der Kantone, der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften, der Bundesverwaltung und der Hilfswerke versammelt sind, hat untersucht, welche Faktoren auf die Zuwanderung wirken. Gemäss Schlussbericht wird zusammenfassend folgenden Faktoren eine starke Bedeutung zugemessen:

Migrationstreibende Faktoren

- Wirtschaftlicher Erfolg: Arbeitsnachfrage der Wirtschaft, attraktive Löhne, attraktive Arbeitsbedingungen, tiefe Steuern
- Aufrechterhaltung der Personenfreizügigkeit mit der EU
- Mangel an (qualifizierten) Berufsleuten
- Demografische Situation: Alterung, tiefe Geburtenraten, geringe Fruchtbarkeit
- Hohe Lebensqualität
- Weitere: Globalisierung der Märkte, neue Kommunikationstechnologien, abnehmende Bedeutung von Distanzen, Familiennachzug, geografische Nähe, Sprachkenntnisse, Image der Region, Image wichtiger Unternehmen und Forschungsinstitutionen

Migrationshemmende Faktoren

- Knapper Boden, Übervölkerung, Zersiedelung
- Verstärkte Migrationskontrolle: Schengen, unilateral, Ventilklauseel

Es ist davon auszugehen, dass die Mehrzahl der hier aufgelisteten Faktoren in Zukunft einen gewichtigen Einfluss auf die Zuwanderung haben werden. Darunter sind solche, die mehr, und solche, die weniger im Einflussbereich der nationalen Politik stehen. Der vorliegende Bericht hat allerdings nicht zum Ziel, Massnahmen zur Begrenzung oder Ausweitung der Zuwanderung zu entwickeln, sondern will zeigen, wie mit der Zuwanderung umgegangen werden kann.

Einschätzungen aus Sicht von Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden

Die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich hat beim Büro Bass eine Studie über die Zuwanderung in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse aus Umfragen bei Arbeitgebenden und Zuwandernden bestätigen, dass die aktuelle Zuwanderung vorwiegend durch den Fachkräftemangel in der Schweiz getrieben wird. Die hohen Lebenskosten und insbesondere das knappe und teure Wohnungsangebot wirken dagegen hemmend. Soll Einfluss auf die Zuwanderungsmenge genommen werden, so könnte beim inländischen Fachkräftemangel angesetzt werden – in jenen Bereichen, für die ausländische Fachpersonen in die Schweiz geholt werden. Dies betrifft vor allem die MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), das Gesundheitswesen und die Bildung. Am höchsten ist die Fachkräftelücke bei den Hochqualifizierten mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss.

3

Drei Szenarien mit Zeithorizont 2030

3.1 Entwicklung der Szenarien

Mengenszenarien

Für das zuwanderungsgeprägte Bevölkerungswachstum mit Zeithorizont 2030 wurden drei Szenarien entwickelt.

- Das Referenzszenario schreibt das immigrationsgeprägte Bevölkerungswachstum der letzten Jahre fort. Es entspricht dem zu erwartenden Trend. Anhaltende Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, Bevölkerungswachstum: + 600'000 Personen.
- Das untere Szenario nimmt an, dass sich die Immigration aufgrund einer politischen Einschränkung durch den Bund oder aus wirtschaftlichen Gründen stark reduziert. Ausbleiben der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, Stagnation Bevölkerungswachstum: + 200'000 Personen.
- Das obere Szenario unterstellt, dass der hiesige Arbeitsmarkt eine zunehmende Sogwirkung ausübt und die Immigration qualifizierter Arbeitskräfte weiter ansteigt. Verstärkte Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, starkes Bevölkerungswachstum: + 1'000'000 Personen.

Das Referenzszenario wird aufgrund von Erfahrungswerten aus der Gegenwart in die Zukunft extrapoliert. Für das obere und untere Szenario wird angenommen, dass zentrale Rahmenbedingungen sich ändern (politische Begrenzung der Zuwanderung; verstärkte/verminderte Attraktivität des Arbeitsmarkts und der Standortfaktoren) und einen Trendbruch bewirken.

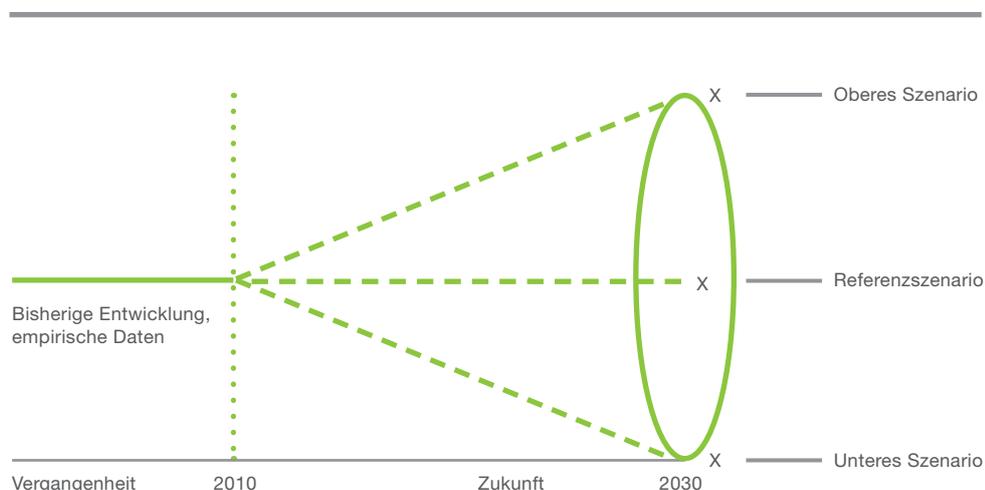


Abbildung 7: Szenariotrichter

Soziodemografische Szenarien

Ergänzend zu den Mengenszenarien mit der räumlichen Verteilung wurden soziodemografische Szenarien mit Aussagen zu Alters-, Haushalts-, Bildungs- und Berufsstruktur sowie zu den Wirtschaftssektoren und zur Herkunftsregion der Zuwandernden entwickelt. Dazu wurden Daten aus der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) verwendet.

Szenarien als statistischer Input und nicht als Bevölkerungsprognosen

Mit den Szenarien werden keine Bevölkerungsprognosen abgegeben, wie sie etwa das Bundesamt für Statistik vornimmt. Die Szenarien dienen lediglich als statistische Inputs für die Projektarbeiten. Mit ihnen wird im Wesentlichen die vergangene Entwicklung unter unterschiedlichen Mengenannahmen in die Zukunft extrapoliert.

3.2 Präsentation der Mengen- und soziodemografischen Szenarien

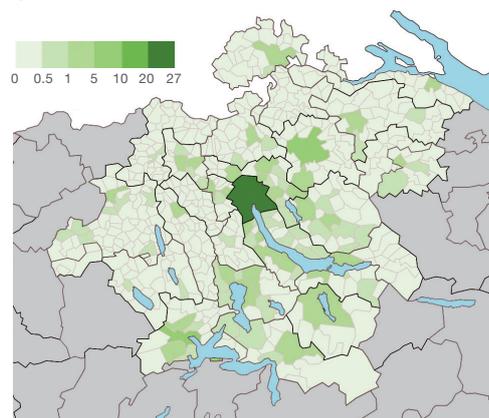
Die beiden Szenariotypen der räumlichen Verteilung der Bevölkerung präsentieren sich folgendermassen:

Mengenszenarien mit räumlicher Verteilung

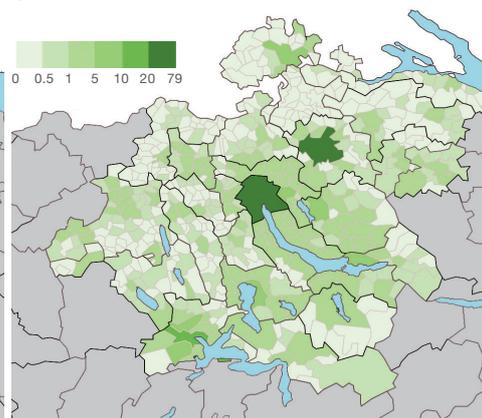
Der Szenariotyp A geht davon aus, dass sich die räumliche Verteilung der Bevölkerung bis 2030 proportional zum Bevölkerungsstand 2010 entwickelt. Dieser Szenariotyp impliziert ein räumlich relativ stark konzentriertes Wachstum. Die Kernstädte Zürich, Schaffhausen, Luzern, Zug und Winterthur würden stark wachsen.

Bevölkerungszuwachs

Szenario A – tief



Szenario A – mittel



Szenario A – hoch

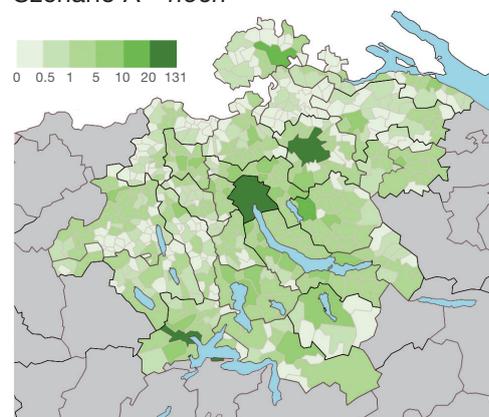
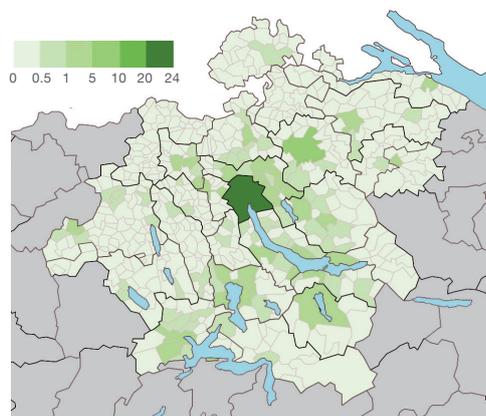


Abbildung 8: Bevölkerungszuwachs 2030 *tief*, *mittel* und *hoch* gemäss Szenario A (proportional zum Bestand 2010), in Tausend

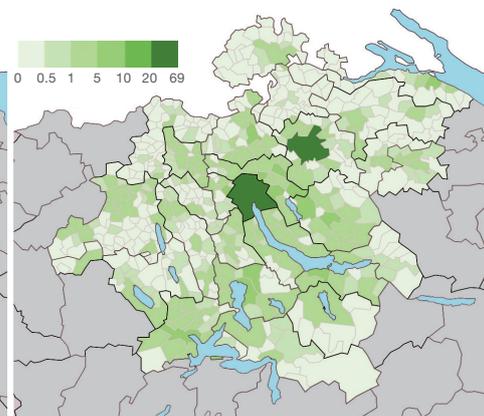
Der Szenariotyp B nimmt an, dass sich die räumliche Verteilung der Bevölkerung proportional zur Bevölkerungsentwicklung der Jahre 2000 bis 2010 entwickelt. Dieser Szenariotyp impliziert ein räumlich relativ disperses Wachstum. Hier würden die Regionen und Gemeinden in Agglomerationsgebieten wie Glatttal, Zürcher Unter- und Oberland, March, Mutschellen und Knonaueramt sowie auch die in den letzten Jahren überdurchschnittlich gewachsenen Regionen Zug, Winterthur sowie Untersee mit Kreuzlingen die grössten Zuwächse aufweisen.

Bevölkerungszuwachs

Szenario B – *tief*



Szenario B – *mittel*



Szenario B – *hoch*

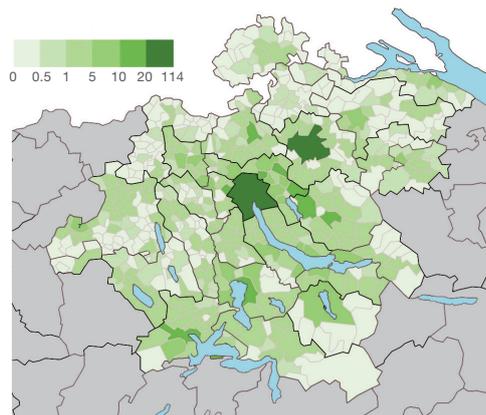


Abbildung 9: Bevölkerungszuwachs 2030 *tief*, *mittel* und *hoch* gemäss Szenario B (proportional zur Entwicklung 2000–2010), in Tausend

Soziodemografische Szenarien

Die soziodemografischen Szenarien umfassen Annahmen zu Alters-, Haushalts-, Bildungs- und Berufsstruktur sowie zu den Wirtschaftssektoren und zur Herkunftsregion der Zuwandernden. Daraus ergeben sich die Kernaussagen im folgenden Abschnitt.

Kernaussagen

Der Anteil der schweizerischen Staatsangehörigen nimmt wegen der Zuwanderung ab.

Der Bestand der Ausländerinnen und Ausländer wird umstrukturiert. Zuwandernde kommen aus dem Norden und Westen statt aus dem Süden. Die Zuwanderung ist über- und nicht unterschichtend. Knapp 60 Prozent aller Ausländerinnen und Ausländer über 25 Jahre aus den typischen neuen Herkunftsländern sind Tertiärgebildete. Eine unterschichtende Zuwanderung durch Personen mit beschränkten Humankapitalressourcen wie Bildung usw. aus dem Süden und dem Osten Europas wird also tendenziell abgelöst durch eine überschichtende Zuwanderung von individualisierten, ressourcenreichen, aus dem Norden stammenden Personen. Diese neue Zuwanderung wird eher absorbiert, wirft aber andersartige Integrationsprobleme auf.

Weil es sich bei den Zuwandernden überwiegend um 25- bis 40-jährige Erwerbstätige handelt, vergrössert sich der Anteil dieser Altersklasse. Alle demografischen Projektionen legen aber nahe, dass die ansässige Bevölkerung wegen der geringen Geburtenrate und der weiterhin zunehmenden Lebenserwartung altert. Die Zuwanderung bremst also die demografische Alterung der Gesamtbevölkerung, macht sie aber nicht rückgängig.

Die Bevölkerung der Zukunft hat ein höheres Qualifikationsniveau als jene heute. Die Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie bezüglich Bildungsniveau der Bevölkerung nehmen tendenziell zu, weil die Arbeitsplätze für Hochqualifizierte in den Zentren der Metropolitanregion konzentriert sind. Sie werden auch als Wohnlage bevorzugt, was sich gut qualifizierte Personen häufig auch leisten können.

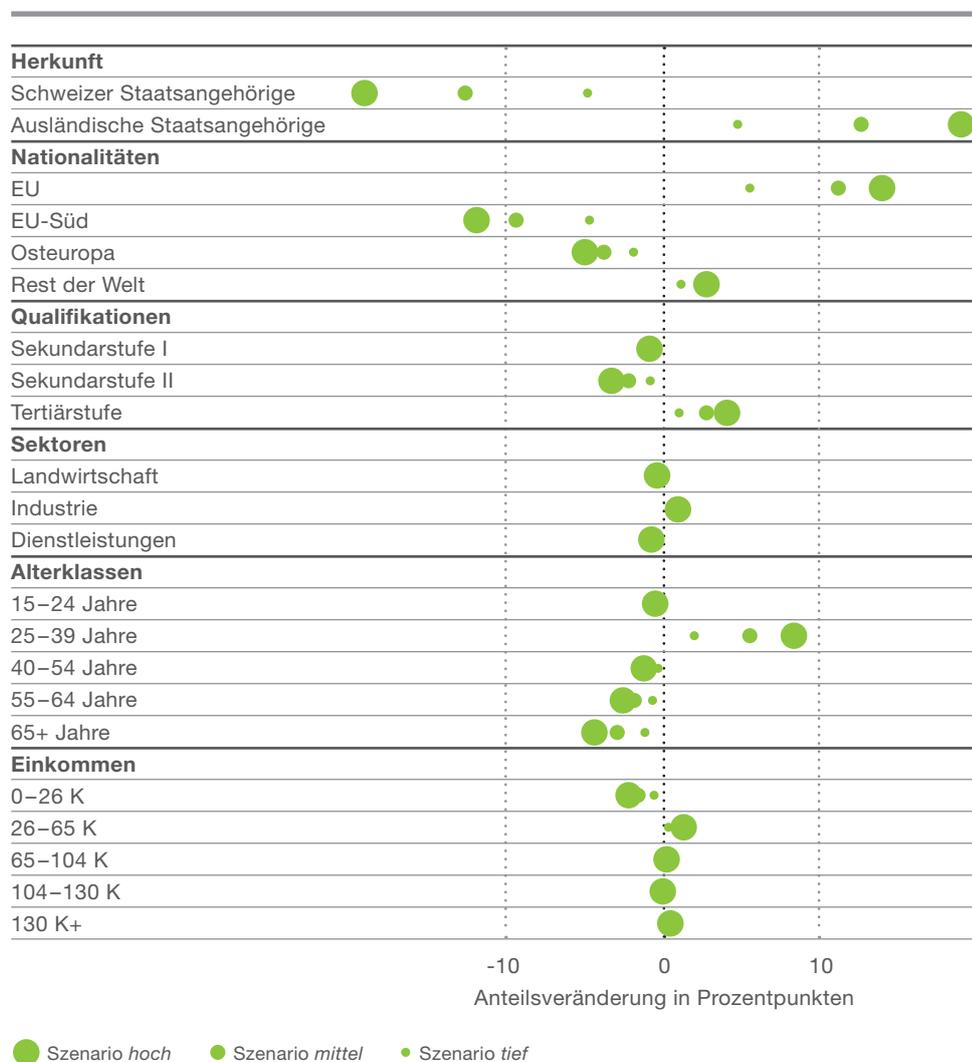


Abbildung 10: Soziodemografische Szenarien, verschiedene Variablen

Entwicklungen in Teilregionen des Metropolitanraums

Im Rahmen der Szenarioarbeiten wurde auch untersucht, wie sich Teilregionen des Metropolitanraums Zürich im Jahr 2030 bezüglich der soziodemografischen Entwicklung unterscheiden könnten. Es wurden drei Teilregionen gemäss dem Unterscheidungsmerkmal Qualifikationsstruktur der Zuwandernden gebildet:

- Region 1 (Kern) (Ø 65 % der Zuwandernden mit tertiärem Abschluss)
- Region 2 (Gürtel) (Ø 37 % der Zuwandernden mit tertiärem Abschluss)
- Region 3 (Peripherie) (Ø 29 % der Zuwandernden mit tertiärem Abschluss)

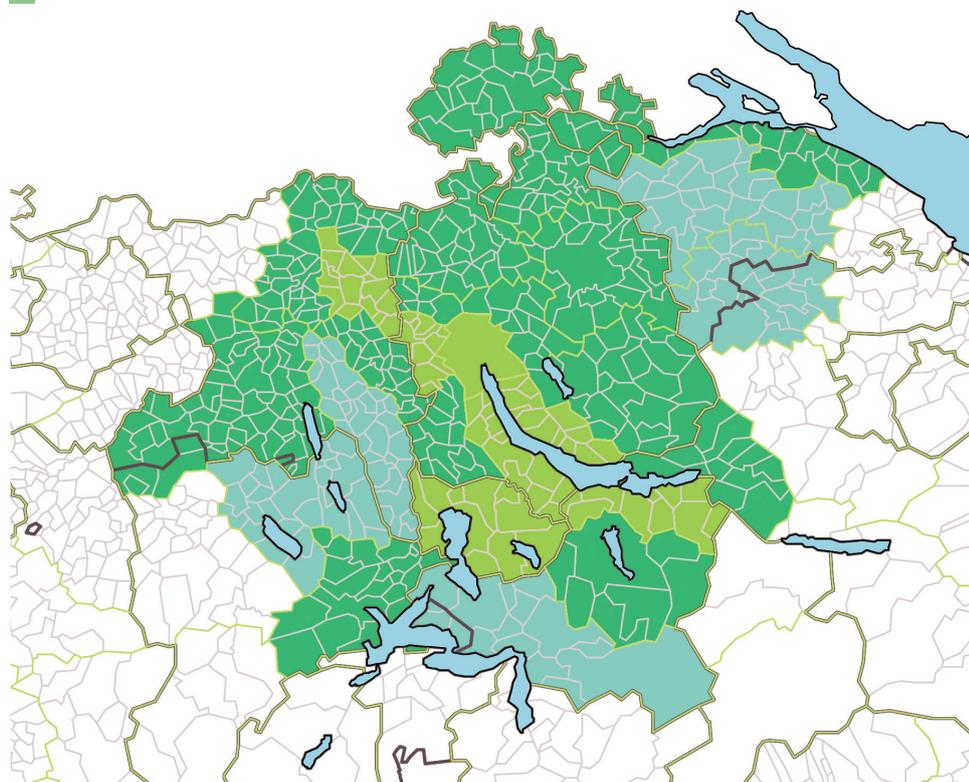


Abbildung 11: Soziodemografische Szenarien: Definition der Teilregionen

In der unten stehenden Abbildung sind Veränderungen für das Mengenszenario *hoch* dargestellt, um die Unterschiede zu verdeutlichen. Demnach entwickelt sich die soziodemografische Struktur der drei Regionen grundsätzlich ähnlich. Es ergeben sich keine relevanten ungleichartigen Entwicklungen. Unterschiede zeigen sich aber doch im Ausmass der Verschiebungen:

- In Region 1 (Kern) ist die Tertiarisierung der Qualifikationsstruktur am ausgeprägtesten.
- In Region 3 (Peripherie) wird die Nationalitätenstruktur zugunsten neuer Immigrationsländer Nordeuropas markant umgeschichtet.
- Die Region 2 (Gürtel) nimmt eine Mittelstellung ein.

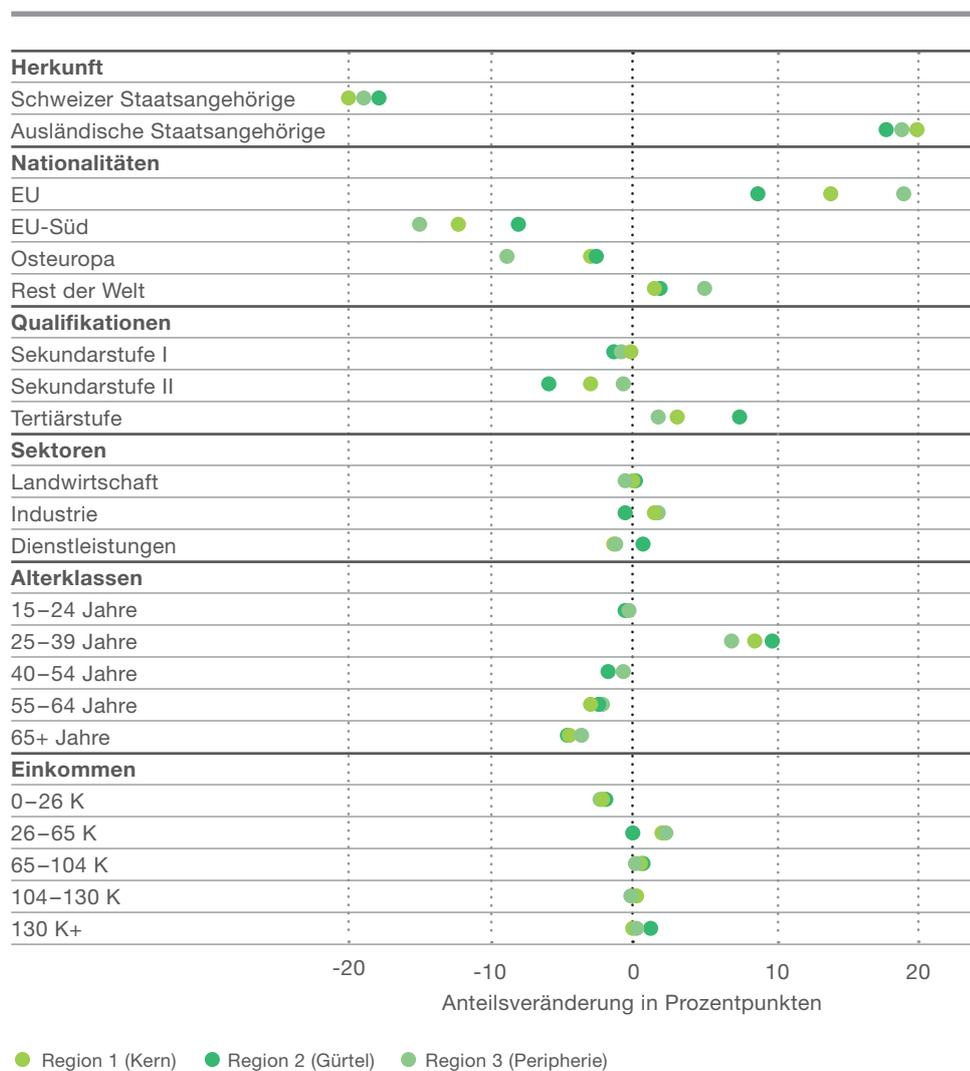


Abbildung 12: Soziodemografische Trends im Regionenvergleich für das Mengenszenario *hoch*

3.3 Einschätzung der Szenarien

Die statistischen Szenarien wurden im Rahmen der Projektarbeiten von den beteiligten Expertinnen und Experten diskutiert. Aus diesen Diskussionen ergeben sich die folgenden Einschätzungen:

Starke Zuwanderung wahrscheinlich

Die Mengenszenarien *mittel* bis *hoch* werden von den am Projekt beteiligten Expertinnen und Experten als realistisch eingeschätzt. Der Metropolitanraum Zürich kann sich also weiterhin auf eine starke, zugewanderungsbedingte Bevölkerungszunahme ausrichten. Darüber hinaus ist mit einem leichten Geburtenüberschuss zu rechnen. Es wird angenommen, dass die Zuwanderung innerhalb des Metropolitanraums unterschiedlich ausgeprägt ist und dass das Mengenszenario *hoch* namentlich die Gebiete Limmattal, Stadt Zürich, Glatttal, Zürichsee, Zug bis Luzern sowie die Bodensee-Anrainergemeinden prägt, wohingegen das Entwicklungstempo in anderen Regionen langsamer ist.

Bildungsstarke Personen wandern zu

Die Zuwanderung war in den letzten Jahren von einkommensstärkeren und bildungshöheren Schichten aus den EU-Nord-Ländern geprägt, doch es ist denkbar, dass künftig verstärkt auch Hochqualifizierte aus Südländern zuwandern. Neben der neuen überschichtenden Zuwanderung gibt es weiterhin die traditionell eher unterschichtende Zuwanderung.

Mehr Nationen im Metropolitanraum

Es werden weiterhin Personen aus dem EU/EFTA-Raum zuwandern. Aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage vieler EU-Länder wird damit gerechnet, dass zunehmend gut qualifizierte Süd- und Osteuropäer einwandern oder in den Metropolitanraum zurückkehren, währenddem die Zuwanderung aus Deutschland an Bedeutung verlieren könnte. Die Diversität der Zuwandernden nimmt insgesamt zu.

Familiennachzug

Weiterhin zu beachten sind Einbürgerungs- und Einwanderungseffekte wie Familiennachzug oder Nachfolgewanderungen. In gewissen Regionen wie im Kanton Zug hat der Familiennachzug faktisch an Bedeutung verloren, in anderen Regionen wie dem Kanton Luzern oder der Stadt Winterthur ist er nach wie vor bedeutend.

Netzwerke

Migration stützt sich häufig auf Netzwerke. Sobald «Brückenköpfe» gesetzt sind, kann eine erhebliche Netzwerkdynamik einsetzen, welche die Zuwanderung fördert. Häufig wird auch von Kettenmigration gesprochen: Pionierzuwandernde motivieren Familienangehörige und Bekannte, ebenfalls auszuwandern, und unterstützen sie mit Informationen oder materieller Hilfe.

Standorte von Unternehmen und internationalen Schulen

Grosse Unternehmen oder internationale Schulen wirken sich auf die regionale Bevölkerungszusammensetzung an ihrem Standort aus, so zum Beispiel in den Städten Baden oder Adliswil.

Konjunktur

Die Einwanderung ist stark von der Konjunktur und von den konjunkturellen Entwicklungsunterschieden zwischen der Schweiz und Europa abhängig. Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa wird als unsicher eingeschätzt. Die wirtschaftlich angespannte Lage, insbesondere in Spanien, Portugal und teilweise Italien, führt in grösseren Städten bereits zu mehr Stellensuchenden aus diesen Ländern.

Unberechenbare Entwicklungen

Die Entwicklung von Krisenherden und die damit verbundene Zahl von Flüchtlingen, die in die Schweiz gelangen, lassen sich kaum vorhersehen.

Der Zuzug von gut und sehr gut qualifizierten Ausländerinnen und Ausländern kann in Zukunft je nach wirtschaftlicher Entwicklung in der Schweiz und im Ausland oder grundlegenden Veränderungen der ausländerrechtlichen Rahmenbedingungen auch wieder kleiner werden.

4

Auswirkungen der Zuwanderung

In diesem Kapitel werden die Auswirkungen eines starken Bevölkerungswachstums auf die drei Bereiche Wirtschaft/Arbeitsmarkt, Gesellschaft/Integration sowie Raum/Siedlung eingeschätzt. Es wird also der Frage nachgegangen: «Was wäre, wenn das zuwanderungsgeprägte Bevölkerungswachstum in den nächsten zwanzig Jahren weiterhin gross bliebe?» Die Ausführungen stützen sich auf die Projektbeiträge der Expertinnen und Experten sowie auf Berichte und Studien zur Zuwanderung.

4.1 Wirtschaft/Arbeitsmarkt

Wirtschaftsentwicklung

Das Wirtschaftswachstum im Metropolitanraum geht mit einer Ausweitung des Arbeitsangebots einher und wird nur zu einem geringeren Teil durch Produktivitätssteigerungen erhöht. Dieses Wachstum des Arbeitsangebotes ist ein wesentlicher Faktor für die Zuwanderung. Ihr kommt folglich eine wichtige Rolle für das Wirtschaftswachstum zu.

Das Pro-Kopf-Einkommen erhöhte sich infolge der Zuwanderung bisher nicht im gleichen Ausmass wie das gesamte BIP. Zurzeit kann noch nicht beurteilt werden, ob die Zuwanderung auch die Produktivität erhöht. Zum einen reicht die Datenlage für eine zuverlässige Aussage nicht aus, zum anderen braucht es dafür längere Zeitreihen über mindestens einen ganzen Konjunkturzyklus. Die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz entspricht noch nicht einem neuen, langfristig nachhaltigen Wachstumspfad.

Es kann allerdings festgestellt werden, dass die Zuwanderung mehrheitlich positive Effekte auf die konjunkturelle Entwicklung hat: In konjunkturellen Aufschwüngen kann das Arbeitsangebot aufgrund der Zuwanderung ausreichend vergrössert werden – es wirkt dadurch wachstumsunterstützend. In Krisenzeiten kann die Zuwanderung durch eine stabile Binnennachfrage kräftigend wirken. Verglichen mit den Nachbarländern hat die Schweiz in der letzten Krise denn auch einen deutlich geringeren Einbruch der Wirtschaftsleistung erlebt und sich schneller wieder davon erholt. Die geringen makroökonomischen Ungleichgewichte der Schweiz – im internationalen Vergleich geringe Staatsverschuldung, keine Immobilienblase zu Beginn der Krise 2008 – wirkten neben der Zuwanderung ebenfalls unterstützend. Die Zuwanderung war auch eindeutig prozyklisch. Namentlich in den Krisenjahren 2008/2009 hat sich der Nettowanderungssaldo verringert und ab 2010 im Zuge des Aufschwungs wieder stabilisiert.

Die Zuwanderung von Hochqualifizierten beschleunigt ausserdem den Strukturwandel hin zu bildungsintensiven Tätigkeiten und erweitert durch den Gewinn an Know-how und Innovation das Wachstumspotenzial. Die Verzögerung des Strukturwandels durch die Zuwanderung tief qualifizierter Arbeitskräfte in gewissen Branchen tritt damit etwas in den Hintergrund.

Fiskalbilanz

Die Fiskalbilanz misst die Differenz zwischen dem, was Ausländerinnen und Ausländer in Form von Steuern und Beiträgen in die Staatskasse und die Sozialversicherungen einzahlen, und dem, was sie an Leistungen daraus erhalten. Der hohe Anteil an gut qualifizierten Ausländerinnen und Ausländern führt zu einer Verbesserung der langfristigen Nettofiskalbilanz der Einwanderung. Hoch qualifizierte Zuwandernde entlasten die Sozialwerke und die Staatsfinanzen auch längerfristig. Die Bilanz kann je nach Kanton unterschiedlich ausfallen. In urbanen Kantonen, in denen der Anteil der Hochqualifizierten gross ist, dürfte die Nettofiskalbilanz der Einwanderung langfristig positiv sein. In Kantonen mit einem geringen Anteil ist die langfristige Bilanz noch ungewiss. Die Berücksichtigung neuer Infrastrukturinvestitionen im Bereich Verkehr und Ausbildung könnte diese Nettobilanz allerdings verschlechtern.

Beschäftigung und Löhne

Ohne Zuwanderung hätten viele offene oder in den vergangenen Jahren im Metropolitanraum Zürich neu geschaffene Stellen nicht besetzt werden können, weil es einen Mangel namentlich an Ingenieurinnen und Ingenieuren, Informatikerinnen und Informatikern, Finanzexpertinnen und Finanzexperten oder Fachkräften des Gesundheitswesens und des Gastgewerbes gibt. Die Wirtschaftstätigkeit wird allerdings nur dann ausgeweitet und nur dann werden neue Stellen geschaffen, wenn die Zuwandernden ergänzend Stellen besetzen, für die im Inland niemand zur Verfügung steht. Generell konnte bisher nicht festgestellt werden, dass Zuwandernde Ansässige aus der Erwerbstätigkeit verdrängen, auch wenn der Konkurrenzdruck infolge der Personenfreizügigkeit gestiegen ist. Es gibt allerdings Hinweise, dass wenig qualifizierte ausländische Erwerbstätige aus Drittstaaten im Arbeitsmarkt unter Druck geraten können. Die Beschäftigung von inländischen Arbeitnehmenden aller Ausbildungsstufen und von vorwiegend hoch qualifizierten neu Zugewanderten scheint insgesamt eher komplementär zu sein. Dies bedeutet, dass sich die zwei Gruppen von Arbeitnehmenden gegenseitig ergänzen: die Neuanstellung von qualifizierten Zuziehenden geht mit der Neuanstellung von einheimischen Arbeitnehmenden einher.

Der Fachkräftemangel ist bei den Hochqualifizierten immer noch sehr ausgeprägt. Namentlich Führungskräfte, akademische Berufe sowie Technikerinnen und Techniker und gleichrangige Berufe dürften weiterhin sehr gute Beschäftigungschancen antreffen. Insgesamt fiel das Beschäftigungswachstum in den letzten Jahren in der Schweiz überraschend hoch aus und die Arbeitslosenquote stieg deutlich weniger, als aufgrund früherer konjunktureller Schwächephase zu erwarten gewesen wäre.

Die Arbeitslosenquoten der ansässigen Ausländerinnen und Ausländer sind je nach Nationalität unterschiedlich. Insgesamt liegt das Verhältnis der Arbeitslosenquoten von Ausländerinnen und Ausländern aus dem EU-27/EFTA-Raum zu denjenigen von Schweizerinnen und Schweizern seit längerem zwischen 1,3 und 2. Das Verhältnis der Arbeitslosenquoten zwischen Angehörigen von Drittstaaten und Schweizerinnen und Schweizern beträgt 3 bis 5. Unter den Drittstaatenangehörigen sind die Unterschiede gross. Die Arbeitslosenquote der am stärksten wachsenden Ausländergruppe, der Deutschen, liegt heute nahezu auf demselben Niveau wie diejenige der Schweizerinnen und Schweizer. Das bedeutet, dass mit der heutigen Zuwanderung aus der EU der Anteil an Personen mit geringem Arbeitslosigkeitsrisiko zunimmt, im Gegensatz zu früheren Zuwanderungswellen.

Die Löhne sind seit Einführung der Personenfreizügigkeit nominal, das heisst gemessen am ausbezahlten Geldbetrag, als auch real im Hinblick auf die Kaufkraft gestiegen. Das Wachstum der letzten zehn Jahre fiel höher aus als im Jahrzehnt vor Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens. Die Mehrheit der Studien kommt zum Schluss, dass das Lohnwachstum von Hochqualifizierten durch die Zuwanderung etwas gebremst wurde. Dies trifft besonders bei Absolventen von Universitäten oder Fachhochschulen mit wenig Berufserfahrung zu. Insgesamt bleibt die Lohnstruktur aber erstaunlich stabil, auch im mittleren und tieferen Qualifikationssegment. Der Hauptgrund dafür ist, dass sich Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland eher ergänzen und nicht gegenseitig ersetzen, wie oben schon erwähnt.

Gegen generelle Tendenzen der Verdrängung der ansässigen Bevölkerung aus dem Arbeitsmarkt oder gegen generelles Lohndumping sprechen auch Untersuchungen zur Rekrutierung durch Unternehmen. Demnach ergänzen die ausländischen Fachkräfte die inländischen insgesamt. Unternehmen rekrutieren erst dann im Ausland, wenn sie keine geeigneten Inländerinnen und Inländer finden, was vor allem bei Hochqualifizierten vorkommt. Bei gleicher Qualifikation und vorhandenen Sprachkenntnissen werden Arbeitnehmende vor Ort bevorzugt.

Eine allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der ansässigen Erwerbsbevölkerung ist nicht feststellbar. Die hohe Sensibilität der Bevölkerung gegenüber der Zuwanderung und Befürchtungen vor einer Unterwanderung der orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen in der Schweiz durch ausländische Betriebe zeigen, wie wichtig es ist, die entsprechenden Kontrollen im Rahmen der flankierenden Massnahmen zum Beispiel betreffend Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit weiterhin konsequent durchzuführen und wo notwendig zu verstärken. Gering qualifizierte, bereits ansässige Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten mit einem tiefen Ausbildungsniveau, sprachlichen Handicaps und schlechten Voraussetzungen für eine Weiterbildung dürften den grössten arbeitsmarktlichen Integrationsrisiken ausgesetzt sein. Diese Risiken sind aber vor allem eine Folge des Strukturwandels hin zu bildungsintensiven Tätigkeiten. Sie werden durch die Zuwanderung jedoch zusätzlich verstärkt.

Immobilien- und Wohnungsmarkt

Die mehrheitlich zahlungskräftigen Zuwandernden tragen im Segment des freien Wohnungsmarktes zu höheren Preisen bei. In den vergangenen Jahren sind bei den auf dem Markt angebotenen Miet- und Eigentumswohnungen, namentlich in den Regionen Zürich, Zürichsee und Zug, die Preise markant angestiegen. In anderen Regionen des Metropolitanraums Zürich wie dem Kanton Schaffhausen sorgt die Zuwanderung für eine Zusatznachfrage, die den Wohnungsbestand besser auslastet. Insgesamt regt die Einwanderung den Wohnungsbau an. Besonders die Wohnbautätigkeit im Eigentumssektor hat auf die gesteigerte Nachfrage reagiert. In den attraktiven Regionen und im Mietwohnungsbereich präsentiert sich die Situation angespannter.

In begehrten städtischen Zentrumslagen wie Zürich, Zug oder Luzern sowie an attraktiven ländlicheren Wohnlagen wie dem Pfannenstiel sind die Preissteigerungen von Wohnimmobilien und die Mietzinsanstiege bei Neuvermietungen hoch. Neubauwohnungen sind in diesen Gebieten nur für überdurchschnittlich gut verdienende Personen erschwinglich. Bereits ansässige Haushalte geniessen zwar auch hier den Schutz der Bestandsmieten. Da der Anteil an Neubauwohnungen und

renovierten Wohnungen an diesen Lagen zunimmt, dürfte der Anteil an einkommensstarken Haushalten zulasten der tiefen und mittleren Einkommen ebenfalls zunehmen.

Nebst der starken Bevölkerungszunahme wirken sich auch veränderte Präferenzen der ansässigen Bevölkerung auf den Wohnungsmarkt aus. So ist die durchschnittliche Wohnfläche pro Person in den vergangenen 30 Jahren um rund 50 Prozent gewachsen und liegt heute bei knapp 50 m². Dafür verantwortlich sind das steigende Wohlstandsniveau und die Abnahme der Haushaltgrößen. So sind zum Beispiel in der Stadt Zürich rund die Hälfte aller Haushalte Einpersonenhaushalte. Auch der Zweitwohnungsbereich trägt zur steigenden Nachfrage nach Wohnraum bei.

Die ansässige Bevölkerung, das heisst Schweizerinnen und Schweizer sowie Ausländerinnen und Ausländer, ist vor dem Preisanstieg auf dem Wohnungsmarkt durch das geltende Mietrecht relativ gut geschützt, ausser nach einer Sanierung. Länger ansässige Bewohnerinnen und Bewohner finden dank ihrem Netzwerk von Bekannten zudem leichter eine ältere Wohnung mit eher günstiger Bestandesmiete. Auch wohnen Schweizerinnen und Schweizer sowie länger ansässige Ausländerinnen und Ausländer überdurchschnittlich häufig in gemeinnützigen Wohnungen von Genossenschaften oder Städten.

Neu in die städtischen Zentren und begehrten ländlicheren Regionen ziehende Schweizerinnen und Schweizer sowie Ausländerinnen und Ausländer sind am stärksten von den Preisentwicklungen im Bereich des marktwirtschaftlichen Wohnungsmarktes durch Neuvermietungen, Wiedervermietungen nach grösseren Renovationen usw. betroffen.

Fazit zu Wirtschaft/Arbeitsmarkt

Das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre wurde wesentlich durch die neue Zuwanderung begünstigt. Die Arbeitsmarktintegration der ausländischen Bevölkerung ist im internationalen Vergleich hoch. Die Zuwanderung orientiert sich am hiesigen Arbeitsangebot und führt zu keinem generellen Anstieg der Arbeitslosenquote. Die vorhandenen Studien gehen von einem geringen Einfluss der Zuwanderung auf die Löhne aus. Es sind keine Zeichen auszumachen, dass dies in Zukunft gänzlich anders sein wird. Eine Verdrängungsgefahr auf dem Arbeitsmarkt besteht für ausländische Arbeitnehmende mit einem tiefen Ausbildungsniveau, sprachlichen Handicaps und schlechten Voraussetzungen für eine Weiterbildung. Von den Preisentwicklungen im Immobilien- und Wohnungsmarkt sind vor allem neu Zuziehende betroffen.

4.2 Gesellschaft/Integration

Verlangsamung der demografischen Alterung

Die Zuwanderung verändert die Altersstruktur im Metropolitanraum Zürich. Die Zuwandernden sind im Vergleich zur ansässigen Bevölkerung überdurchschnittlich jung. Dies verlangsamt generell die demografische Alterung, macht sie aber nicht rückgängig. Der Metropolitanraum Zürich ist aus demografischen Gründen auf die Zuwanderung angewiesen, denn die Geburtenziffer reicht nicht aus, um die Bevölkerungszahl zu halten. Dies ist nur möglich mit einem positiven internationalen Einwanderungssaldo. Ohne Einwanderung wäre die Bevölkerung der Schweiz in den letzten 40 Jahren um beinahe einen Fünftel gesunken. Die Zuwanderung hilft in den nächsten Jahren mit, trotz demografischem Ungleichgewicht die Altersleistungen und Sozialwerke zu finanzieren: 2009 bezahlten Ausländerinnen und Ausländer gemäss der AHV-Statistik 2011 rund 28 Prozent der Beiträge ein, bezogen aber nur rund 17 Prozent der Leistungen.

Allerdings betrifft die demografische Alterung nicht nur die Schweiz, sondern ganz Europa. Dies kann europaweit zu Entwicklungen in Richtung Mehrbeschäftigung führen und die Zahl möglicher Zuwandernder stark reduzieren. Entsprechend würde die Zuwanderung in die Schweiz abklingen. Die Schweizer Unternehmen und zahlreiche Dienstleistungserbringer wie Spitäler oder Altersheime ständen in einem verstärkten weltweiten Wettbewerb um Arbeitskräfte.

Arbeitskräfte mit Ansprüchen

Die gegenwärtige Zuwanderung ist hauptsächlich durch die Nachfrage nach Arbeitskräften bedingt. Dennoch haben diese Arbeitskräfte Bedürfnisse und als Steuer- und Sozialbeitragsleistende neben Pflichten auch Rechte. Die Zuwanderung führt zu Ansprüchen auf Familiennachzug, Bildung, Gesundheitsversorgung oder die Benutzung der öffentlichen und privaten Verkehrsträger. Dies führt zu Aufwänden, welche die gesamte Bevölkerung zu tragen hat. Solange viele Hochqualifizierte zuwandern, stehen die Chancen gut, dass die Einwanderung mit einer positiven Fiskalbilanz einhergeht.

Heterogene Folgen für die soziale Integration

Die neue Zuwanderung bewirkt eine grundlegende Umschichtung der ausländischen Bevölkerung, indem die Zuwanderung aus EU-Nord und Übersee und damit aus den der Schweiz traditionell verbundenen Ländern zunimmt. Daraus leitet sich jedoch nicht automatisch eine stärkere Integration in die lokale Bevölkerung ab. Der amerikanische Investmentbanker, die schwedische Informatikerin oder der indische Ingenieur hat unter Umständen kaum Kontakte mit Einheimischen, spricht kein Deutsch und engagiert sich kaum im traditionellen Milizsystem. Andererseits vermischen sich Deutsche, die sich zur weitaus grössten Zuwanderungsgruppe entwickelt haben, am meisten mit der einheimischen Bevölkerung. Wichtiger für den Integrationserfolg als die Herkunft ist allerdings das Bildungsniveau: Hochqualifizierte verfügen in der Regel über mehr Kompetenzen und Ressourcen zur Selbstorganisation und damit auch zur Integration. Über die Hälfte der zugelassenen ausländischen Arbeitskräfte verfügen mittlerweile über einen Hochschulabschluss. Den einwandernden Arbeitskräften folgen auch ihre Angehörigen. Unter ihnen ist ein besonderes Augenmerk den Ehegattinnen und Ehegatten zu schenken sowie den Jugendlichen, die relativ spät in die Schweiz nachziehen. Beide Gruppen haben Schwierigkeiten, sich in den

Arbeitsmarkt zu integrieren, sei es infolge mangelnder Sprachkenntnisse oder Berufsqualifikationen.

Neben der gut qualifizierten Zuwanderung im Rahmen des FZA ziehen somit nach wie vor unqualifizierte und tief qualifizierte Arbeitskräfte zu. Trotz vielfältiger Bemühungen um Sprachförderung bei den neu Zuziehenden wird ein grösser werdender Teil der Bevölkerung über keine oder unzureichende Deutschkenntnisse verfügen. Zu erwähnen sind ebenso die Probleme bereits anwesender, schlecht integrierter Personen, jene der irregulären Immigration, der Schwarzarbeit, die höhere Kriminalitätsrate der Ausländerinnen und Ausländer, der erhöhte Integrationsaufwand an den Schulen oder auch die Herausforderungen bei der Wahrung des religiösen und kulturellen Friedens.

Die Auswirkungen auf die soziale Integration werden insgesamt heterogener und umfassen zahlreiche Lebensbereiche.

Konkurrenz und Identität

Migration verläuft nie konfliktfrei. Die Zuwanderung in der Vergangenheit, insbesondere jene von grösseren Gruppen, führte regelmässig zu Auseinandersetzungen, so zum Beispiel bei der Zuwanderung italienischer Gastarbeitender in den 1960er- und 1970er-Jahren, bei der Zuflucht von Tamilinnen und Tamilen aus Sri Lanka Anfang der 1980er-Jahre, bei Personen aus Ex-Jugoslawien ab den 1990er-Jahren oder aktuell beim Zuzug einer Vielzahl Deutscher.

Durch die frühere Zuwanderung von zumeist gering qualifizierten Arbeitskräften sahen sich vor allem untere soziale Schichten konkurrenziert. Mit der neuen Zuwanderung spüren hingegen auch die hiesigen Eliten einen wachsenden Konkurrenzdruck. Neue Status- und Verteilungsängste könnten sich vor allem in der einheimischen Mittel- und Oberschicht manifestieren. Dies insbesondere bei Personen, die sich von einem sozialen Abstieg bedroht sehen. Die Konkurrenz um nicht beliebig vermehrbare Güter wie gute Wohnlagen oder Topjobs wird zunehmen.

Das friedliche Zusammenleben von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund sowie gesellschaftliche Offenheit und Toleranz tragen zur hohen Lebensqualität des Metropolitanraums Zürich bei. Auch wenn die messbaren Auswirkungen der neuen Zuwanderung auf die Wohlstandsverteilung relativ gering sind, können aufgrund der hohen Konzentration in bestimmten Wirtschaftszweigen oder Regionen Spannungen entstehen. Auch die neue Zuwanderung kann Angst vor kultureller Überfremdung auslösen – das Selbstbild und die nationale oder regionale Identität sind herausgefordert.

Fazit zu Gesellschaft/Integration

Die Bevölkerung wird internationaler und der Anteil der schweizerischen Staatsangehörigen nimmt ab. Die demografische Alterung der Gesamtbevölkerung wird gebremst. Der Bildungsstand der künftigen Bevölkerung ist höher als heute. Auch die neue Zuwanderung kann jedoch Ressentiments in der Aufnahmegesellschaft auslösen. Die Integrationspolitik wird zunehmend durch heterogene Anforderungen geprägt, vor allem was die kulturelle Vielfalt, die Herkunft oder den Bildungsstand der Ausländerinnen und Ausländer betrifft. Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Integration steigt.

4.3 Raum/Siedlung

Verteilung des Bevölkerungswachstums

Vom immigrationsbedingten Bevölkerungswachstum ist der gesamte Metropolitanraum betroffen, die räumliche Entwicklung verläuft indes unterschiedlich. Die Räume Limmattal, Glatttal, Furttal, Zürich, beide Zürichseeufer, die Bezirke Höfe und March, der Raum Zug bis Luzern sowie die Bodensee-Anrainergemeinden im Agglomerationsraum Kreuzlingen/Konstanz wachsen am stärksten. Die Bevölkerung wächst also insbesondere in den urbanen Zentren und Agglomerationen. Demgegenüber ist die Entwicklung in den übrigen Gebieten, insbesondere in den ländlichen Gemeinden, langsamer. Dennoch sind im gesamten Metropolitanraum Zürich dieselben Entwicklungsrichtungen festzustellen: Die Szenarien zeigen, dass auch in peripheren Gebieten die soziodemografische Entwicklung in die Richtung von höheren Einkommens- und Bildungsniveaus geht, wenngleich schwächer als in den urbanen Gebieten.

Siedlungswachstum

Das Siedlungswachstum und die damit einhergehende Zersiedelung des Metropolitanraums Zürich ist ein länger anhaltendes Phänomen. Das Wachstum der Siedlungsfläche in den letzten Jahren war eine Folge des Bevölkerungswachstums, der Zunahme der Einkommen, der veränderten Haushaltgrößen, aber auch des verfügbaren, relativ günstigen Flächenangebots in den Agglomerationen und peripheren Lagen. Die Zuwanderung ist nicht Ursache der Zersiedelung, sie akzentuiert diese allerdings. Haushalte, die sich die Zentrumslagen nicht mehr leisten können oder wollen, ziehen in statustiefere Gemeinden in den Agglomerationen und Agglomerationsrändern. Durch den weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen könnten weitere Umlandgemeinden zu Pendlergemeinden werden.

Konzentration auf Zentren

Die aus den neuen Herkunftsländern Zuwandernden sind aktiv, mobil, urban orientiert und hoch individualisiert. Die neue Zuwanderung konzentriert sich stark auf die Zentren. Städtische Gebiete werden zunehmend zu einem bevorzugten Wohnumfeld im Metropolitanraum Zürich. Insbesondere hoch qualifizierte Personen, sowohl Ansässige als auch Zuziehende, bevorzugen den urbanen Raum, den sie sich auch leisten können. Grund dafür ist der Wunsch nach einer guten Anbindung an den Arbeitsplatz sowie der Nähe zu einem attraktiven Kultur- und Freizeitangebot. Damit ist die Nachfrage nach Wohnraum gerade dort gross, wo die Baulandreserven gering sind. In Zentrumslagen wird deshalb ein weiterer Anstieg der Immobilien- und Wohnungspreise erwartet.

Bauzonenverbrauch

Der Bauzonenverbrauch ist zwar in den letzten Jahren konstant geblieben, aber er dürfte zugleich unverändert voranschreiten. In vielen Gemeinden des Metropolitanraums wird die Nachfrage nach Bauzonen bis 2030 höher sein als die Bauzonenreserven. Der Siedlungsentwicklung nach innen kommt deshalb eine noch grössere Bedeutung zu. Die noch unbebauten Flächen werden vor allem in den

Zentren und an den attraktiven, gut erschlossenen Wohnlagen knapper. Der individuelle Flächenverbrauch nimmt aufgrund des steigenden Wohlstands und der für viele Menschen immer noch zahlbaren Flächen zu. Er könnte indes namentlich in Zentrumsgebieten verlangsamt und allenfalls gestoppt werden. Dennoch wird die Konkurrenz um Nutzflächen insbesondere in den Ballungsgebieten hoch sein.

Infrastruktur

Die Zuwanderung trägt gemeinsam mit günstigen Verkehrstarifen, räumlicher Trennung von Arbeiten und Wohnen, Konzentration der Wirtschaftsaktivitäten auf Schwerpunkträume, Freizeitverhalten oder regionaler Wohnkostenentwicklung zu einer höheren Ausnutzung der Infrastruktur insbesondere des öffentlichen und privaten Verkehrs bei. Auch Schulen und andere soziale Infrastrukturen dürften mit einer höheren Nachfrage rechnen. Die Gemeinwesen müssen für den zusätzlichen Bedarf teure technische und soziale Infrastrukturen neu erstellen oder erweitern. Das kann die Finanzlast sprunghaft ansteigen lassen.

Fazit zu Raum/Siedlung

Die Bevölkerung wächst vor allem in den urbanen Zentren und deren Umland. Damit ist in jenen Räumen die Nachfrage nach Wohnraum besonders gross, wo Baulandreserven knapp sind. Siedlungsentwicklung nach innen tut not. An beliebten Lagen dürfte sich der Wohnraum weiter verteuern und die Segmentierung des Wohnungsmarktes dürfte zunehmen. Haushalte, die sich die Zentrumsanlagen nicht mehr leisten können oder wollen, ziehen an den Agglomerationsrand. Dies macht wiederum zusätzliche Infrastrukturbauten wie Verkehrsinfrastruktur oder Schulen notwendig. Die Konkurrenz zwischen Nutzungsansprüchen für Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Infrastruktur oder Landschaftspflege dürfte sich weiter verstärken.

5

Herausforderungen und Massnahmen

In diesem Kapitel werden die Herausforderungen präsentiert, welche sich aus der Zuwanderung und dem Bevölkerungswachstum ergeben. Die Ausführungen zu den drei Bereichen Wirtschaft/Arbeitsmarkt, Gesellschaft/Integration sowie Raum/Siedlung sind folgendermassen gegliedert:

Stossrichtungen gemäss Vision der Metropolitankonferenz

Die Projektarbeiten basieren auch auf den Stossrichtungen gemäss der Vision 2030 der Metropolitankonferenz. Es geht also auch darum, wie trotz oder dank Zuwanderung und Bevölkerungswachstum der Vision 2030 nachgelebt werden kann. Deshalb werden je Bereich zunächst die Stossrichtungen (Titel) aufgeführt.

Herausforderungen und Massnahmen

Anschliessend werden die insgesamt vierzehn Herausforderungen beschrieben; sie sind mit H1 bis H14 nummeriert. Für jede Herausforderung werden Massnahmen zu deren Bewältigung vorgeschlagen. Diese Vorschläge richten sich an die Metropolitankonferenz selbst sowie an die Kantone, Städte und Gemeinden. Die einzelnen Massnahmen wurden im Rahmen der Projektarbeiten hinsichtlich ihrer Wirkung und Machbarkeit eingeschätzt:

- Wirkung: Einschätzung der Wirkung auf die Bewältigung der Herausforderung
- Machbarkeit: Einschätzung der technischen, zeitlichen und politischen Machbarkeit

Die Priorität einer Massnahme wurde durch die Multiplikation von Wirkung und Machbarkeit bestimmt. Je Herausforderung sind die Massnahmen in der Reihenfolge ihrer Priorität aufgelistet. Detailliertere Beschreibungen der Massnahmen finden sich in der Massnahmenliste im Anhang.

Überblick Herausforderungen und Massnahmen

In einer abschliessenden Darstellung wird anhand einer Prioritätenmatrix ein Überblick zu den Herausforderungen und Massnahmen in jedem Bereich gegeben.

5.1 Wirtschaft/Arbeitsmarkt

Die Stossrichtungen der Metropolitankonferenz:

- Den Wirtschaftsstandort stärken
- Den Arbeitsmarkt für hoch qualifizierte Arbeitskräfte attraktiv gestalten
- Den Bildungsstandort weiterentwickeln

Herausforderungen und Massnahmen

Genügend qualifizierte und hoch qualifizierte Fachkräfte (H1)

Die beschleunigte Zuwanderung ist gemäss vorliegenden Untersuchungen durch den Mangel an Fachkräften, vor allem an Hochqualifizierten, bedingt. Unternehmen suchen solche vielfach im Ausland, insbesondere in Deutschland. Auch der Mangel an mittel qualifizierten Fachkräften stimuliert die Zuwanderung, allerdings in geringerem Ausmass. In diesem Bereich werden Unternehmen nach längerer Suchphase auch im Inland fündig. Für eine ausgewogene und stetige Wirtschaftsentwicklung im Metropolitanraum ist es zentral, dass ein ausreichendes Angebot an mittel bis hoch qualifizierten Fachkräften aus dem In- und Ausland langfristig gesichert ist.

Abhängigkeit von ausländischen Arbeitsmärkten (H2)

Der Mangel an inländischen Fachkräften macht die schweizerische Wirtschaft im privaten und im öffentlichen Sektor abhängig von der Entwicklung im Ausland. Eine plötzliche Abnahme der Zuwanderung würde das Wirtschaftswachstum schwächen. Daher sollte die Abhängigkeit der Wirtschaft von ausländischen Fachkräften mittelfristig verringert und vor allem der Anteil der Hochqualifizierten unter den Inländerinnen und Inländern erhöht werden. Zudem sollte auch der Anteil der Mittelqualifizierten zulasten jener der Geringqualifizierten steigen. Dies ist aber zweitrangig, weil in diesem Segment die Abhängigkeit von den ausländischen Arbeitsmärkten geringer ist.

Massnahmen

Prioritäre Massnahmen zu H1 und H2

- | | |
|---|-----------------------------------|
| <p>1 Verbesserung der Abstimmung zwischen Ausbildung und im Arbeitsmarkt nachgefragten Qualifikationen</p> <p>Imageinitiativen für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) schon im Primarschulbereich unterstützen und neue Initiativen dieser Art entwickeln. Studiengebühren an den Universitäten erhöhen und gleichzeitig die Stipendien für wirtschaftlich schwächer gestellte Studierende ausbauen, um die Ausrichtung auf Ausbildungen mit guten Erwerbsperspektiven zu fördern.</p> | <p>Kantone,
Gemeinden</p> |
| <p>2 Humankapital der Frauen stärker nutzen über eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie</p> <p>Finanzielle Anreize für die Erwerbstätigkeit beider Elternteile in Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Gemeinden optimieren, aber auch organisatorische Massnahmen zur besseren</p> | <p>MK, Kantone,
Gemeinden</p> |

Vereinbarkeit fördern. Die Progressivität der Belastung der oder des Zweitverdienenden bei Ehepaaren durch Reformen bei Steuern, Kinderbetreuungskosten und Sozialversicherungen senken. Das Angebot an hochwertiger Kinderbetreuung steigern und effizient organisieren. Den Bund bei der gleichen Stossrichtung im Rahmen von dessen Fachkräfteinitiative unterstützen.

- | | | |
|---------------------------------|--|---|
| 3 | <p>Erhöhung des Anteils Fachhochschul- und Universitätsabsolventinnen und -absolventen (Quantität)
 Reine Leistungskriterien für den Gymnasiumseintritt geltend machen und die Anzahl Gymnasialplätze erhöhen, wenn mehr Jugendliche die Kriterien erfüllen. Qualität der Sekundarstufe hoch halten und Durchlässigkeit von Sekundarschule und Gymnasium gewährleisten, ohne dass teurer Privatunterricht für begabte Schülerinnen und Schüler notwendig ist.</p> | Kantone |
| Weitere Massnahmen zu H1 und H2 | | |
| 4 | <p>Erhöhung des Anteils Fachhochschul- und Universitätsabsolventinnen und -absolventen (Qualität)
 Für genügend Ausbildungsplätze an den Fachhochschulen und Universitäten sorgen. Die Qualität der Ausbildung an Gymnasium und Universitäten hoch halten und wo nötig noch verbessern, auch wenn die Zahl der Studierenden weiter ansteigt. Entsprechende Investitionen sollen bewilligt und allenfalls die Studiengebühren erhöht werden.</p> | Kantone |
| 5 | <p>Berufliche Weiterbildung intensivieren
 Die Arbeitgebenden zu mehr Investitionen in ihre Mitarbeitenden motivieren und vorhandene Qualifikationen gezielter nutzen.</p> | Arbeitgebende,
Fachverbände
und Fachhochschulen |
| 6 | <p>Erhöhung der Steuerabzüge für Zweitausbildungen prüfen, Förderung der Weiterbildung +/- 40 Jahre
 Erhöhung der finanziellen Anreize für Höher- und Weiterqualifikation der ansässigen Bevölkerung.</p> | Kantone |
| 7 | <p>Verbesserung der internationalen Anerkennung der Schweizer Ausbildungsdiplome, inklusive Berufsbildungsdiplome
 Marketing- und Informationskampagne unterstützen, damit das schon bestehende Fachkräfteangebot auch von internationalen Firmen gut genutzt wird. Eine bessere Anerkennung der inländischen Ausbildungsgänge erhöht die Ausbildungsmotivation und damit das Angebot an hoch qualifizierten Fachkräften.</p> | MK, Kantone |
| 8 | <p>Prüfung von Alternativen zu Kontingenten für Drittstaatenangehörige
 Ein Punktesystem würde die Zuwanderung aus Drittstaaten über Anforderungen an die Arbeitsmarktfähigkeit und den Bildungsstatus sowie Sprachkenntnisse steuern. Dieses System könnte in Bezug auf die Vielfalt der Kriterien, die Transparenz usw. Vorteile gegenüber dem heutigen Bewilligungssystem mit Kontingenten haben. Es wäre flexibel handhabbar. Über das</p> | Bund,
Kantone |

heutige Kontingentsystem werden Personen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund aus Drittstaaten in die Schweiz geholt und die Zuwanderung ist stark mengenbegrenzt.

- 9 **Flexibilisierung des Pensionsalters** Bund, Kantone, Gemeinden
- Die Flexibilisierung des Pensionsalters könnte den Pool ansässiger Arbeitskräfte vergrössern. Entsprechende Konzepte sollten geprüft werden: zum Beispiel die Flexibilisierung des Renteneintrittsalters aufgrund bestimmter rechtlicher Voraussetzungen oder aufgrund der Branchenzugehörigkeit, individuelle Möglichkeiten der Flexibilisierung wie Altersteilzeit und Teilrente oder potenziell individuelle Ansätze wie beispielsweise das Modell des persönlichen Entwicklungskontos.

Verdrängung ansässiger Arbeitnehmender (H3)

Eine generelle Verdrängung der ansässigen Bevölkerung aus dem Arbeitsmarkt in Folge der Zuwanderung konnte bisher nicht nachgewiesen werden. Der Konkurrenzdruck im Arbeitsmarkt ist allerdings stärker geworden. Für Arbeitnehmende mit tiefer Qualifikation, schlechten Sprachkenntnissen in Deutsch und wenig Weiterbildungspotenzial dürfte die Verdrängungsgefahr steigen. Dies nicht nur wegen der Zuwanderung, sondern auch infolge des Strukturwandels hin zu bildungsintensiven Berufsfeldern. Alle Arbeitskräfte in der Schweiz sollen weiterhin in den Arbeitsmarkt integriert werden, auch mit anhaltender Zuwanderung und fortgesetztem Strukturwandel.

Massnahmen

Prioritäre Massnahme

- 10 **Qualifikationen ansässiger Ausländerinnen und Ausländer verbessern** Kantone, Bund
- Die Bemühungen des Bundes (Fachkräfteinitiative) bezüglich der Einführung eines berufsbegleitenden Sek-II-Abschlusses für gering qualifizierte Arbeitnehmende unterstützen. Die kantonalen Bemühungen im Bereich Wiedereingliederung der Arbeitslosen und Sozialhilfeabhängigen sind im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten weiterzuführen und zu stärken.

Weitere Massnahmen

- 11 **Intensivierte Umsetzung der geltenden Rechtsbestimmungen** Kantone
- Flankierende Massnahmen zur Einhaltung der orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen verstärkt umsetzen.
- 12 **Flexibilität des Arbeitsmarktes im Inland sichern** Bund, Kantone,
- Überregulierung des Arbeitsmarktes verhindern, namentlich keine Einführung nationaler Mindestlöhne.
- 13 **Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit ausländischer Dienstleistungsanbieter** Kantone
- Neue Gesetze, die seit 1. Januar 2013 gültig sind, konsequent umsetzen und die Straf- und Rechtshilfeverfahren in diesem Bereich optimieren.

- 14 **Erhöhung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von gewissen persönlichen Dienstleistungen** Bund, Kantone, Gemeinden
 Die Einführung von höheren Steuerabzügen für Dienstleistungen, welche die Sozialwerke entlasten (Kinder- und Altenbetreuung), wäre finanzpolitisch vertretbar und könnte Arbeitsplätze für Wenigerqualifizierte schaffen. Es würde Dienstleistungen, die ansonsten in der Familie oder als Schwarzarbeit erbracht werden, in die erfasste Wertschöpfung eingliedern.

Soziale Durchmischung und Marktmechanismen im Immobilien- und Wohnungsmarkt (H4)

Neben der hohen Kaufkraft und den wachsenden Wohnansprüchen trägt auch die Zuwanderung zu höheren Immobilienpreisen und höheren Mieten im freien Wohnungsmarkt bei. Langjährige Bewohnerinnen und Bewohner werden durch den Mieterschutz in der Regel weitgehend von steigenden Mieten verschont und können dank ihrem persönlichen Netzwerk vor Ort leichter günstige Wohnungen finden als Neuzuziehende. Ein ausreichend grosses Angebot, auch an günstigen Wohnungen, trägt zur sozialen Durchmischung bei und wird den spezifischen Bedürfnissen wirtschaftlich schwächerer Bevölkerungsgruppen und Haushalte gerecht. Ein gutes Zusammenspiel zwischen regulatorischen Eingriffen und Marktmechanismen soll dabei angestrebt werden, um die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht stärker zu belasten.

Massnahmen

- 15 **Angebot an bezahlbarem Wohnraum in hoher Qualität im städtischen Gebiet fördern** Gemeinden
 Mit massgeschneiderten Sondernutzungsplänen sollen Gemeinden und Investoren Verhandlungslösungen für Arealentwicklungen suchen. Diese sollen sowohl die Qualität insgesamt als auch die Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum thematisieren. Der Fokus ist dabei auf die Erneuerung und die Weiterentwicklung bestehender Siedlungsstrukturen zu legen.
- 16 **Gemeinwirtschaftliche Wohnungen zielgerichtet bewirtschaften** Gemeinden
 Bestrebungen unterstützen, welche sicherstellen, dass gemeinwirtschaftliche Wohnungen tatsächlich Bevölkerungsschichten mit geringen oder mittleren Einkommen zukommen. Dies können die Vergabep Praxis, Belegungsvorschriften oder Kontrollen sicherstellen. Neue öffentliche Unterstützung für Wohngenossenschaften ist an entsprechende Auflagen zu binden.
- 17 **Balance halten zwischen regulatorischen Eingriffen und Marktmechanismen im Immobilien- und Mietwohnungsmarkt** MK, Kantone, Gemeinden
 Die Kommunikation der Studienresultate zum Immobilien- und Mietwohnungsmarkt verbessern, um den tatsächlichen Handlungsspielraum und die Wechselwirkungen in diesem Bereich besser verständlich zu machen. Neue Einschränkungen des Immobilienmarktes sollten vorgängig grundlegend auf ihre Gesamtwirkung sowie ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis überprüft werden.

Überblick Herausforderungen und Massnahmen Wirtschaft/Arbeitsmarkt

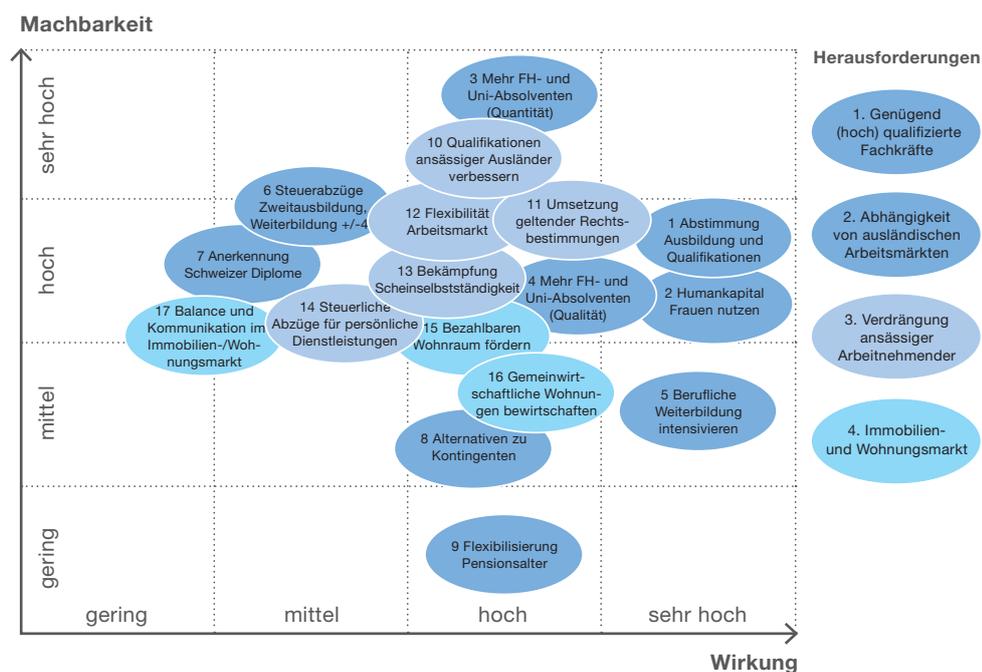


Abbildung 13: Prioritätenmatrix Wirtschaft/Arbeitsmarkt

5.2 Gesellschaft/Integration

Die Stossrichtungen der Metropolitankonferenz:

- Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
- Die Integration aktiv gestalten
- Die Identifikation fördern
- Die kulturelle Vielfalt pflegen

Herausforderungen und Massnahmen

Verlustängste und Ausgrenzung (H5)

Die Zuwanderung in den Metropolitanraum ist je nach Region unterschiedlich stark. Demografische und allgemein mit dem Wachstum verbundene Veränderungsprozesse – zum Beispiel der steigende Ausländeranteil, die Altersstruktur, Arbeitsplatzsicherheit oder die steigenden Immobilienpreise – betreffen jedoch die ganze Bevölkerung. Sie können von einem zunehmenden Teil der Ansässigen als Bedrohung der eigenen Identität und der kulturellen Eigenheiten wahrgenommen werden. Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung oder Abschottung und Rückzug können die Folge sein. Auf solche Ängste und Befürchtungen ist einzugehen.

Massnahmen

- 18 Partizipation ermöglichen durch Sprachkurse**
Sprache ermöglicht Kommunikation und somit Partizipation. Wer sich nicht mitteilen kann, ist ausgegrenzt. Dank einem guten und niederschweligen Angebot bis mindestens Niveau A2 GER können sich interessierte Personen die notwendigen Deutschkenntnisse aneignen.
- Kantone,
Gemeinden,
Arbeitgebende
- 19 Beziehungsarbeit als Erfolgsfaktor**
In kleinräumigen Strukturen ist die persönliche Beziehung der wichtigste Schlüssel zum Aufbau eines gegenseitigen Verständnisses und zum Abbau von Vorurteilen. Die Kommunikation regionaler Stellen soll wenn möglich in persönlichen Gesprächen erfolgen. Ebenso sind nachbarschaftliche Projekte unter dem Aspekt des Miteinanders durch die lokalen und regionalen Stellen zu unterstützen.
- Gemeinden,
regionale und
lokale Integra-
tionsstellen
- 20 Information verstärken und zugänglich machen**
Zugewanderte werden über Förderangebote und Erwartungen informiert. Ihnen stehen Anlauf- und Informationsstellen zur Verfügung. Die eingewanderte Bevölkerung wird über die Bedeutung der Zuwanderung ins Bild gesetzt.
- Kantone,
Gemeinden,
MK
- 21 Sozialer Ausgrenzung vorbeugen**
Sozial schwächer gestellte Personen und Gruppen können durch Verdrängungseffekte ihr angestammtes Tätigkeitsfeld, ihr Lebensumfeld und ihren Sozialstatus verlieren. Prävention soll sich auf diese Gruppen konzentrieren; bestehende Fördermassnahmen sind entsprechend zu prüfen.
- Bund,
Kantone,
Gemeinden
- 22 Potenziale im Vereinswesen nutzen**
Zuwandernde verfügen über Ressourcen, die auch in Vereinen genutzt werden können, und die Zusammenarbeit kann das gegenseitige Verständnis zwischen Zugewanderten und Ansässigen fördern. Mit Förderbeiträgen bei entsprechenden Aktivitäten kann die Öffnung der Vereine unterstützt werden.
- Kantone,
Gemeinden,
Vereine

Ausrichtung der Integrationsarbeit (H6)

Die zunehmende Heterogenität der Bevölkerung in Bezug auf Nationen, Sprachen, Kulturen oder Qualifikationen erfordert, dass staatliche und private Organisationen ihre Integrationsarbeit überprüfen. Die Integrationsarbeit muss breit abgestützt und vernetzt sein, unter Beteiligung staatlicher und privater Akteure. Regelstrukturen wie Schulen, Vereine, Netzwerke, Verwaltungen oder Arbeitgebende sind alle gefordert. Die vorhandenen Potenziale in Staat, Wirtschaft und von Privatpersonen sind einzubeziehen und die Arbeit ist konsequent auf die jeweilige Zielgruppe auszurichten.

Massnahmen

- 23 Chancengleicher Zugang zu Regelstrukturen der Frühförderung**
Die Angebote der Frühförderung wie Kinderbetreuung, Elternbildung usw. sind so ausgestaltet, dass sie auch Migrantenfamilien offenstehen.
- Kantone,
Gemeinden
- 24 Einrichten von regionalen Anlaufstellen**
Integrationsarbeit ist eine Querschnittsaufgabe, die auf allen Ebenen koordiniert geleistet werden muss. Um die kantonale, regionale und lokale Integrationsarbeit konsequent umzusetzen, müssen Anlaufstellen bezeichnet respektive geschaffen werden.
- Kantone,
Gemeinden
- 25 Bildungspotenziale nutzen und fördern**
Ein grosser Teil der Neuzugewanderten verfügt über eine gute Ausbildung und arbeitet in hoch qualifizierten Berufen. Ein kleinerer Teil der Neuzugewanderten vermag den Anschluss in eine ihrer Ausbildung entsprechende Arbeitsstelle nicht zu finden, trotz der Unterstützung durch Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV). Durch gezielte frühzeitige Unterstützung und die Anerkennung ausländischer Diplome kann die Integration in den Arbeitsmarkt verbessert werden
- Bund,
Kantone,
Gemeinden
- 26 Sensibilisierung für Diversity im Verwaltungsbereich**
Positive Beispiele aus dem Diversity Management von internationalen Firmen sollen als Best-Practice-Beispiele für die Verwaltung dienen. Interkulturelle Kompetenzen sind mittels Aus- und Weiterbildungen zu fördern wie auch bei Stellenbesetzungen zu beachten. Die Kompetenzzentren Integration stehen für die Erarbeitung von entsprechenden Umsetzungskonzepten beratend zur Verfügung.
- Kantone,
Gemeinden
- 27 Arbeitgebende im Erbringen von Integrationsleistungen stärken und unterstützen**
Die Arbeitgebenden, insbesondere KMU, sind aufgefordert, über die Einstellung ausländischer Arbeitskräfte hinaus zur sozialen Integration dieser Arbeitskräfte und ihrer Familien beizutragen – mit Sprachkursen, Unterstützung von Vereinsarbeit oder interkulturellen Anlässen. Sie sind durch die lokalen und regionalen Kompetenzzentren Integration in ihrer Aufgabe zu unterstützen.
- Gemeinden,
Arbeitgebende
- 28 Abstimmung der Förderprojekte auf die Zielgruppen**
Die neue Zuwanderung erfordert eine Überprüfung der spezifischen Integrationsförderung: Hoch qualifizierte Personen verfügen über mehr Ressourcen und haben gegenüber schlecht qualifizierten einen geringeren oder keinen Unterstützungsbedarf. Flexible und angepasste Integrationsmassnahmen sind unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten zu entwickeln und beziehen auch die ansässige Bevölkerung ein.
- Kantone,
Gemeinden

Partizipation auch ohne Stimm- und Wahlrecht (H7)

Aufgrund der Zuwanderung ist ein wachsender Anteil der Bevölkerung nicht stimm- und wahlberechtigt. Demokratische Entscheide werden in einzelnen Gemeinden nur noch durch eine Minderheit gefällt. Die aktive Mitwirkung der gesamten Bevölkerung bei der Entwicklung neuer Lösungen ist zunehmend wichtig für deren aussichtsreiche Umsetzung. Es sind deshalb verbindliche Formen der Partizipation zu entwickeln, die alle Einwohnerinnen und Einwohner in die gesellschaftliche Verantwortung einbeziehen.

Massnahmen

- | | | |
|----|--|---------------------------|
| 29 | Partizipation ermöglichen und Verantwortung übertragen
Personen wirken bei Planungs- und Umsetzungsprozessen unabhängig von ihrem Bürgerrechtsstatus mit. Mit Kleinprojekten kann Verantwortung delegiert und das Zusammenleben in Quartieren gestärkt werden. | Gemeinden,
Quartiere |
| 30 | Partizipation als Prozessqualität einplanen
Bei grösseren öffentlichen Vorhaben und der Entwicklung von planerischen Grundlagen sollen betroffene Personen und Gruppen bereits in der Planungsphase einbezogen werden. | MK, Kantone,
Gemeinden |
| 31 | Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigt Vielfalt
Informations- und Öffentlichkeitsveranstaltungen nehmen Rücksicht auf die Vielfalt der Bevölkerung. Gemeinden laden auch Personen ohne Stimm- und Wahlrecht ein. | Gemeinden |

Gesellschaftsstrukturen und soziales Engagement im Wandel (H8)

Die Strukturen der Gesellschaft sind vielfältiger geworden, unter anderem bezüglich Familienstrukturen und -formen. Werte und Traditionen wandeln sich stetig und beeinflussen auch das soziale Engagement der Menschen. So verändert sich auch das freiwillige Engagement in Vereinen oder Milizorganisationen. Die Ursachen sind vielfältig und akzentuieren sich aufgrund der gesellschaftlichen Heterogenität. Dies verlangt nach ergänzenden Lösungsansätzen auch in der Familien- und Sozialpolitik.

Massnahmen

- | | | |
|----|---|-----------------------|
| 32 | Förderung von Kleinprojekten
Die Gesellschaft ist auf das Engagement Freiwilliger angewiesen. Regionale und lokale Kleinprojekte fördern das Zusammenleben und nehmen die lokale Bevölkerung in die Verantwortung. Die Projekte sollen durch die Kompetenzzentren Integration beratend unterstützt werden. | Kantone,
Gemeinden |
| 33 | Einrichten von Treffpunkten
Quartiertreffpunkte, Gemeindezentren und ähnliche Orte dienen als Versammlungsräume für Personen aus verschiedenen Kulturkreisen. Diese niederschweligen Treffpunkte fördern projektbezogene Aktivitäten ausserhalb von Vereinsstrukturen, denn die Organisation in Vereinen verliert an Bedeutung. Die öffentliche Hand unterstützt solche Treffpunkte und damit neue Strukturen der Selbstorganisation. | Gemeinden |

34 Sozialpolitik soll Familien stärken

Kleinkinder machen in Gruppen gute soziale Erfahrungen. Eine gute familienergänzende Kinderbetreuung stärkt nicht nur die Kinder, sondern auch deren Eltern. Diese können Beruf und Familie besser verbinden. Die Unterstützung der Eltern durch Betreuungsgutscheine oder die Ermöglichung von subventionierten Betreuungsplätzen stärkt insbesondere schwächer gestellte Familien und nützt der gesamten Gesellschaft.

Kantone,
Gemeinden

Überblick Herausforderungen und Massnahmen Gesellschaft/Integration

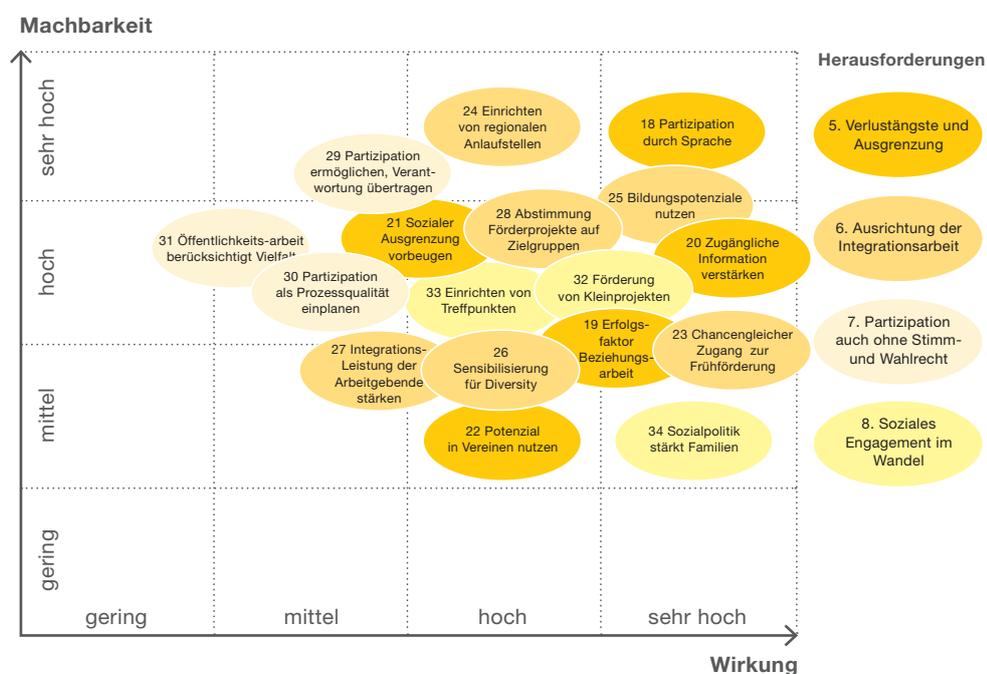


Abbildung 14: Prioritätenmatrix Gesellschaft/Integration

5.3 Raum/Siedlung

Die Stossrichtungen der Metropolitankonferenz:

- Die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung koordinieren
- Den Flächenverbrauch minimieren
- Landschafts- und Naherholungsräume sichern und vernetzen
- Die strategische Flächenentwicklung abstimmen

Herausforderungen und Massnahmen

Räumliche Verteilung des weiteren Wachstums (H9)

Der Metropolitanraum kann die zusätzliche Bevölkerung in den bestehenden Siedlungsgebieten aufnehmen. Wichtige Treiber wie Bodenpreise, wachsender Wohnflächenbedarf pro Kopf und verfügbare Bauzonenreserven in ländlicheren Gebieten führen allerdings zu einer weiteren Periurbanisierung. Die im Kanton Zürich angenommene Kulturlandinitiative birgt eine gewisse Gefahr, dass das Wachstum in andere Kantone verlagert wird und der «Siedlungsbrei» an diesen Orten zunimmt. Es gilt, das absehbare Wachstum in einer sinnvollen räumlichen Verteilung zu ermöglichen. Dabei kommt Qualität vor Quantität: Der Lebensraum wird dann nachhaltig entwickelt, wenn im Sinn einer Innenentwicklung an den gut erschlossenen Standorten dichter und funktional durchmischte gebaut wird und dabei die Vielfalt der Siedlungstypen und die Unterschiede in den Regionen beibehalten werden. Es braucht massgeschneiderte Raumkonzepte vor Ort, denn es gibt Grenzen der Verdichtung; an gewissen gut erschlossenen Lagen gibt es aber durchaus Potenzial für grössere Quantensprünge.

Massnahmen

- | | | |
|----|--|-----------------------|
| 35 | Umsetzung der Vorgaben des neuen Raumplanungsgesetzes
Anforderungen an kantonale Richtpläne bezüglich Ausscheidung und Begrenzung des Siedlungsgebiets umsetzen. | Kantone |
| 36 | Sich auf Wachstumsräume einigen
Strategien zur Siedlungsentwicklung im Metropolitanraum abstimmen. | Kantone, MK |
| 37 | Erarbeitung regionaler/kommunaler Raumentwicklungskonzepte
Die Kantone unterstützen Gemeinden bzw. Gemeindeverbände und Planungsverbände beim Erstellen von Richtplanungen und sozialräumlichen Entwicklungskonzepten. | Kantone,
Gemeinden |
| 38 | Gezielter Ausbau des Agglomerationsverkehrs
Sicherstellen, dass Verbesserungen von Erschliessungen nur jenen Räumen zugutekommen, die auch tatsächlich wachsen sollen. | MK, Kantone,
ZVV |

- 39 **Ausschreibung eines Metropreises** MK, Gemeinden
Gemeinden mit einer vorbildlichen Entwicklungsplanung sollen eine Auszeichnung der Metropolitankonferenz gewinnen können. Evtl. eine Auszeichnung für «Nachhaltiges Wachstum» und eine für «Nachhaltiges Nullwachstum».
- 40 **Siedlungsentwicklung in Bahnhofsarealen fördern** MK, Kantone, Gemeinden, SBB
Gemeinsame Grundsätze zur Entwicklung von Bahnhofsumfeldern erarbeiten.

Wachstum in den urbanen Räumen (H10)

Das künftige Wachstum soll vor allem im urbanen Raum stattfinden. Angesichts der steigenden Nachfrage nach Wohnungen und Gewerbeflächen muss vor allem in den flächenmässig grossen periurbanen Gebieten die weitere Entwicklung sorgfältig geplant und auf kommunaler Ebene muss zwischen Wachstums- und Erhaltungsgebieten unterschieden werden. Es ist zu entscheiden, in welchen Gebieten eine Urbanisierung angestrebt werden soll und wo gerade nicht. Dabei sind auf kommunaler Ebene besondere Anstrengungen nötig, um für die politische Akzeptanz dieser Entscheide zu sorgen. Gegentendenzen zur Verdichtung im urbanen Raum, zum Beispiel Nachbarschaftskonflikte, Ansprüche an die Freiraumversorgung oder auch städtebauliche und denkmalschützerische Vorbehalte, machen die Planung anspruchsvoll

Massnahmen

- 41 **Strategie «Qualitätsvolle Verdichtung»** MK
Die Metropolitankonferenz lässt eine «Anleitung zur qualitätsvollen Verdichtung» erstellen, unter Einbezug der sozialräumlichen Aspekte.
- 42 **Übersicht der grossen Entwicklungsareale erstellen** MK, Kantone
Aufzeigen, wo im Metropolitanraum noch grössere gut erschlossene Areale liegen, auf denen eine substantielle Siedlungsentwicklung stattfinden könnte.
- 43 **Siedlungsstrukturierung auf regionaler und kommunaler Ebene vornehmen** Kantone, Regionen, Gemeinden
Siedlungsgebiete bezeichnen, die aus regionaler oder kommunaler Sicht umstrukturiert, weiterentwickelt, erneuert oder bewahrt werden sollen.
- 44 **Erfahrungsaustausch Planungsverfahren** Kantone
Übersicht erstellen zu erprobten vorgelagerten Planungsverfahren wie Ideenwettbewerben oder Studienaufträgen und zu ordentlichen Planungsverfahren wie Nutzungsplanverfahren oder Quartierplanverfahren im Metropolitanraum.
- 45 **Kostenwahrheit im Verkehr herstellen, Mobilität verteuern** MK, Kantone
Die gegenwärtig dispersen Siedlungsstrukturen sind auch das Resultat verkehrspolitischer Entscheide, beispielsweise zum Fahrplanausbau, zur Beschleunigung beim ÖV oder zu tiefen Mobilitätskosten. Die Konzentration des Siedlungswachstums

in den Zentren wird gefördert, wenn Mobilität teuer ist. Im Verkehr ist deshalb Kostenwahrheit herzustellen, zum Beispiel mittels Carbon Tax oder geringerer Steuerabzüge fürs Pendeln.

Verfügbarkeit von Arbeitszonen für Gewerbe und Industrie (H11)

Die anhaltend hohe Nachfrage nach Wohnraum verschärft insbesondere im städtischen Gebiet die Nutzungskonkurrenz um die verfügbaren Flächen. Areale, die bisher industriellen und gewerblichen Nutzungen vorbehalten waren, werden für den Wohnungsbau geöffnet. Dadurch verschärft sich der Preisdruck für das Gewerbe und Nutzungskonflikte zwischen Wohnen und Gewerbe werden provoziert. Andererseits wird es zunehmend schwieriger, neue geeignete Flächen für Industrie und Gewerbe auszuscheiden; Gewerbe- und Industrienutzungen werden an periphere Lagen verdrängt. Dies ist im Hinblick auf eine sinnvolle Nutzungsmischung auch im städtischen Raum unerwünscht.

Massnahmen

- | | | |
|----|--|------------------------------------|
| 46 | Bestehende Industrie- und Gewerbebezonen halten
Die noch bestehenden Industrie- und Gewerbebezonen sollen grundsätzlich beibehalten werden. Eine vollständige Öffnung für reine Wohnnutzungen ist zu vermeiden. | Regionen,
Gemeinden |
| 47 | Neue, regional abgestimmte Flächen für Industrie- und Gewerbe bereitstellen
Für die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben sollen geeignete Siedlungsgebiete bezeichnet werden. Die Raum-sicherung macht den Ausschluss konkurrierender Nutzungen zum Beispiel für Wohnen oder Dienstleistung notwendig. | Kantone,
Regionen,
Gemeinden |

Bewältigung der Mobilität (H12)

Die wachstumsbedingte weitere Siedlungsentwicklung führt zu räumlich grossen funktionalen Räumen, in denen die Mobilität stark zunimmt. Dazu tragen günstige Verkehrstarife, die räumliche Trennung von Arbeiten und Wohnen, die Konzentration der wirtschaftlichen Entwicklung auf Schwerpunkträume und das Freizeitverhalten bei. Damit das Tempo für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur gebremst werden kann, muss die Mobilität mit raumplanerischen, technologischen und organisatorischen Massnahmen sowie durch finanzielle Anreize optimiert werden.

Massnahmen

- | | | |
|----|---|----------------------------------|
| 48 | Innovative Arbeitsmodelle wie Heimarbeit oder flexible Arbeitszeiten fördern, um die Belastung der Verkehrsinfrastruktur zu vermindern
Die Infrastruktur des ÖV ist auf die Spitzenbelastungen im Pendlerverkehr ausgelegt. Eine Reduktion und eine bessere Verteilung im Tagesgang könnten eine Entlastung bringen. | Kantone,
Gemeinden
Private |
| 49 | Regelmässigere Auslastung der Achsen des öffentlichen Verkehrs anstreben
Prüfen, inwiefern das Verkehrssystem bezüglich Richtung und Tageszeit flexibler genutzt werden könnte. Dazu könnten beispielsweise öffentliche Bauten in Regionalzentren angesiedelt oder Verkehrsspitzen durch Arbeitsmodelle geglättet werden. | MK |

Finanzierung der Infrastruktur (H13)

Das Bevölkerungswachstum führt zu einem zusätzlichen Druck auf die öffentliche Infrastruktur, insbesondere auf den öffentlichen Verkehr. Aber auch auf Schulen und ähnliche Institutionen wächst der Druck, da Zuwandernde Familien mitbringen oder gründen. Engpässe bei der Infrastruktur, namentlich der Verkehrsinfrastruktur in den urbanen und periurbanen Räumen, müssen aus einer räumlichen Gesamtschau heraus angegangen werden. Insbesondere der Betrieb und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs kann zu Finanzierungsengpässen führen. Eine verursachergerechte Finanzierung wird damit noch bedeutender. Die Gemeinwesen sind gezwungen, als Folge des Bevölkerungswachstums neue Infrastruktureinrichtungen zu finanzieren. Das kann die Finanzlast sprunghaft ansteigen lassen.

Massnahmen

- 50 **Möglichkeiten zur Nutzerfinanzierung im Verkehr aufzeigen**
Möglichkeiten aufzeigen, um den Erhalt und die Weiterentwicklung des Verkehrssystems über eine möglichst direkte Nutzerfinanzierung zu gewährleisten. (Siehe dazu das laufende Projekt der Arbeitsgruppe Verkehr im Metropolitanraum.)

MK, Kantone,
Gemeinden

Überblick Herausforderungen und Massnahmen Raum/Siedlung

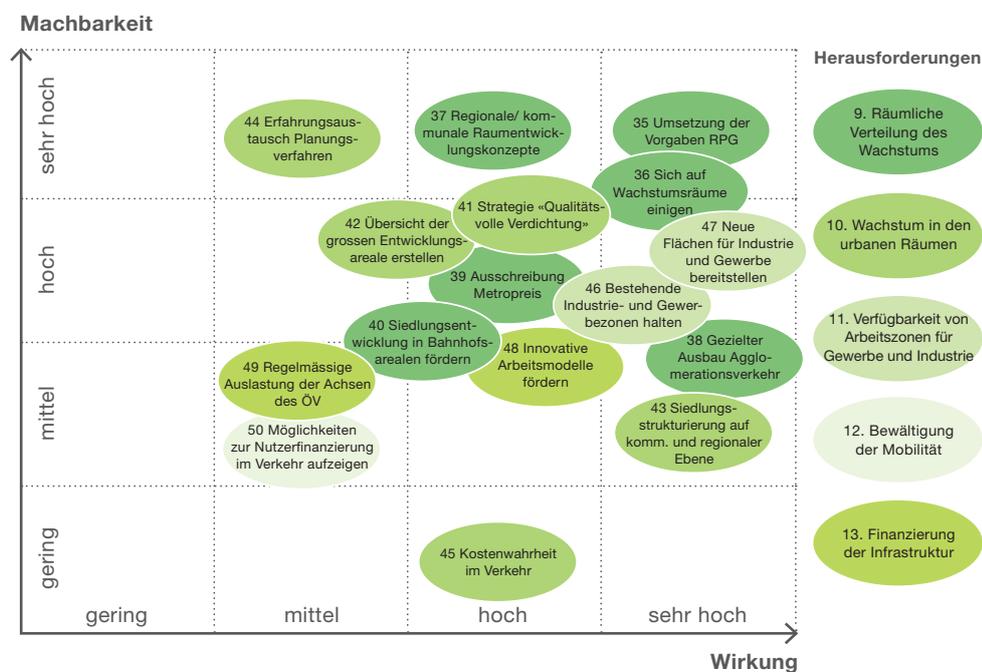


Abbildung 15: Prioritätenmatrix Raum/Siedlung

5.4 Governance

Herausforderung und Massnahmen

Steuerung im funktionalen Raum (H14)

Die Auswirkungen der Zuwanderung machen nicht vor Gemeinde- oder Kantons-grenzen halt, die Herausforderungen betreffen vielmehr den ganzen funktionalen Raum. Deshalb kommt der interkommunalen und interkantonalen Zusammenarbeit verstärkte Bedeutung zu. Oft ist auch nur eine einzelne Gemeinde oder Region von einer grösseren Veränderung betroffen, sei es durch ein grosses Bauvorhaben, die Errichtung einer internationalen Schule oder den Zuzug einer grossen Unternehmung. Dann fehlen oftmals professionelle Ressourcen vor Ort, um die Folgen zu bewältigen. Damit stellen sich auch projektspezifische Herausforderungen an die lokale, regionale oder interkantonale Governance.

Massnahmen

- | | | |
|----|--|---------------------------|
| 51 | <p>Wissensmanagement und Know-how-Transfer
Komplexe Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Fachbereichen erfordern die enge Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Das in allen Bereichen gesammelte Wissen kann nur koordiniert seine volle Wirkung entfalten. Der Transfer von Know-how, namentlich in die Gemeinden, muss gefördert werden.</p> | MK, Kantone,
Gemeinden |
| 52 | <p>Zusammenarbeit der Kantone im Metropolitanraum
Die neu entwickelte Zusammenarbeit der Kantone im Metropolitanraum bei Raumplanungsfragen soll weitergeführt und auch auf andere Fachbereiche wie Standortentwicklung oder Mobilität ausgedehnt werden.</p> | MK, Kantone |
| 53 | <p>Förderung der Zusammenarbeit der Gemeinden
Funktionale Räume umfassen stets mehrere Gemeinden. Diese sollten sich deshalb vermehrt als gemeinsamer Raum verstehen (Bsp. GLOW im Glatttal) und in Fragen der Siedlungs- und Infrastrukturplanung sowie der Standortentwicklung enger zusammenarbeiten.</p> | Gemeinden,
Kantone |

Überblick Herausforderung und Massnahmen Governance

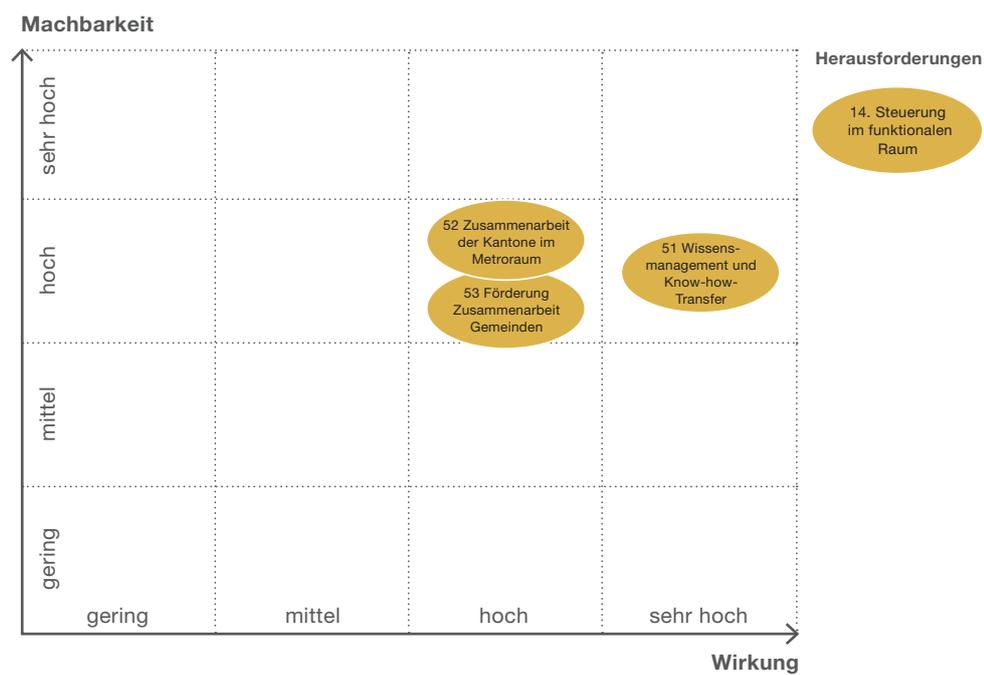


Abbildung 16: Prioritätenmatrix Governance

6

Fazit und Handlungsempfehlungen

2010 wohnten im Metropolitanraum Zürich 2,85 Millionen Menschen; seither ist die Bevölkerung weiter gewachsen. Immer wieder wird deshalb die Frage aufgeworfen, wie viele Menschen Platz hätten. Darauf mit einer Zahl zu antworten, ist jedoch unmöglich. Wichtig für die Entwicklung des Metropolitanraums ist die offene Auseinandersetzung mit der Zuwanderung.

Duales Zulassungssystem hat sich bewährt

Die Zuwanderung ist in weiten Teilen positiv für die wirtschaftliche Entwicklung des Metropolitanraums Zürich. Die Zuwanderung ist Folge des Bedarfs einer gesunden Wirtschaft an Arbeitskräften. Sie widerspiegelt und stärkt den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg und die Attraktivität des Metropolitanraums. Die zugewanderten Personen tragen wesentlich dazu bei, dass dieser seinen Wohlstand bewahren kann. Das duale Zulassungssystem mit der Personenfreizügigkeit und den flankierenden Massnahmen gegenüber EU und EFTA sowie mit dem Kontingentsystem für Drittstaatenangehörige hat sich unter Erwägung der im vorliegenden Bericht aufgezeigten Auswirkungen bewährt. Die Beibehaltung dieses Systems bietet auch für die kommenden Jahre die beste Voraussetzung, um den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu decken.

Herausforderungen annehmen und Massnahmen umsetzen

Allerdings bringen die anhaltende Zuwanderung und das damit einhergehende Bevölkerungswachstum auch Herausforderungen mit sich. Der Bericht empfiehlt den Gemeinwesen des Metropolitanraums, sich mit den dargelegten Herausforderungen auseinanderzusetzen, und schlägt dazu 53 Massnahmen vor. Die Gemeinwesen der Metropolitankonferenz – namentlich die Kantone, Städte und Gemeinden – werden eingeladen, die Massnahmen zu prüfen, zu vertiefen und umzusetzen.

Dem Fachkräftemangel als Hauptmotor der gegenwärtigen Zuwanderung ist zu begegnen. Um die Abhängigkeit vom Ausland zu verringern, soll das einheimische Potenzial für den Arbeitsmarkt besser ausgeschöpft werden. Eine bessere Abstimmung zwischen Ausbildung und im Arbeitsmarkt nachgefragten Qualifikationen, mehr Hochschulabschlüsse oder die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie können die Situation verbessern.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist zu stärken. Durch den verstärkten Einbezug von Ausländerinnen und Ausländern sollen deren Potenziale besser genutzt und das gegenseitige Verständnis gefördert werden. Integration ist ein steter Prozess und verpflichtet auch die ansässige Bevölkerung für Offenheit und Auseinandersetzung mit Verschiedenheit.

Die Zuwanderung darf nicht zur weiteren Zersiedelung führen. Das künftige Wachstum soll trotz starker Nachfrage nach Wohnraum vorwiegend an gut erschlossenen Standorten innerhalb des bestehenden Siedlungsgebiets erfolgen. Dies strebt auch die jüngst von Volk und Ständen angenommene Teilrevision des Raumplanungsgesetzes an.

Grosse Bedeutung laufender Entwicklungsprojekte

Die Gegenüberstellung der Massnahmen mit den aktuellen Entwicklungsprojekten der Gemeinwesen der Metropolitankonferenz Zürich zeigt, dass viele Massnahmen in bestehenden Projekten und Tätigkeiten umgesetzt werden können. Die Gemeinwesen sind also bereits gut auf die absehbaren Herausforderungen und die erforderlichen Massnahmen vorbereitet.

Synergien und Zusammenarbeit nutzen

Die Projektarbeiten haben die Erkenntnis gestärkt, dass Entwicklungen nicht durch territoriale Grenzen beschränkt werden. Bei der Umsetzung der Massnahmen lohnt sich der Ausblick nach Synergien durch Zusammenarbeit zwischen den Gemeinwesen oder Organisationen der Metropolitankonferenz Zürich und darüber hinaus.

Anhang

I Massnahmenliste

Der folgende Abschnitt gibt einen Überblick zu Menge und Typ der Massnahmen und listet die Massnahmen tabellarisch auf.

Vier Massnahmentypen

Insgesamt werden 53 Massnahmen vorgeschlagen, wobei vier Typen unterschieden werden können:

1. Aktion: Massnahmen, die konkrete Handlungen oder Prozesse auslösen.
2. Position, Aufforderung, Kommunikation: Massnahmen, die eine gewisse Position/Haltung, kommunikative Aspekte oder eine Forderung zum Inhalt haben.
3. Organisation, Struktur: Massnahmen, die zu organisatorischen oder strukturellen Veränderungen führen.
4. Grundlagen: Massnahmen, die zum Zweck haben, wissenschaftliche und informative Grundlagen zu erarbeiten, zusammenzustellen und aufzubereiten.

Einen Überblick über Anzahl Massnahmen je Typ und Bereich gibt folgende Tabelle:

Art der Massnahme	Bereich				Total
	Wirtschaft/ Arbeitsmarkt	Gesellschaft/ Integration	Raum/ Siedlung	Governance	
Aktion	9	13	11		33
Position, Forderung, Kommunikation	8	3			11
Organisation, Struktur		1		3	4
Grundlagen			5		5
Total	17	17	16	3	53

Abbildung 17: Massnahmen je Bereich und Typ

Massnahmenliste

Die folgende Liste umfasst sämtliche Massnahmen, mit denen den zentralen Herausforderungen begegnet werden kann. Erläuterungen zu den einzelnen Spalten finden sich in der Legende am Ende der Liste.

Herausforderung (1)	Nr. (2)	Titel Massnahme (3)	Beschreibung Massnahme (4)	Wirkung (5)	Machbarkeit (6)	Priorität (7)	Typ (8)	Akteur (9)	Bemerkungen (10)
Wirtschaft/Arbeitsmarkt									
1) Genügend qualifizierte und hochqualifizierte Fachkräfte 2) Abhängigkeit von ausländischen Arbeitsmärkten	1	Verbesserung der Abstimmung zwischen Ausbildung und nachgefragten Qualifikationen	Imageinitiativen für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) schon im Primarschulbereich unterstützen und neue Initiativen dieser Art entwickeln. Studiengebühren an den Universitäten erhöhen und gleichzeitig die Stipendien für wirtschaftlich schwächer gestellte Studierende ausbauen, um die Ausrichtung auf Ausbildungen mit guten Erwerbsperspektiven zu fördern.	5	4	20	Aktion	Kantone, Gemeinden	Die Erhöhung der Studiengebühren durch Begleitmassnahmen für Studierende mit geringen Finanzmitteln ergänzen.
	2	Humankapital der Frauen verstärkt nutzen dank besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie	Finanzielle Anreize für die Erwerbstätigkeit beider Elternteile in Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Gemeinden optimieren, aber auch organisatorische Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit fördern. Die Progressivität der Belastung des Zweitverdienenden bei Ehepaaren durch Reformen bei Steuern, Kinderbetreuungskosten und Sozialversicherungen senken. Das Angebot an hochwertiger Kinderbetreuung steigern und effizient organisieren. Den Bund bei der gleichen Stossrichtung im Rahmen von dessen Fachkräfteinitiative unterstützen.	5	4	20	Aktion	MK, Kantone, Gemeinden	Studie zu BL und ZH: Erhöhung des Erwerbsgrades von Ehefrauen mit Kindern über 40 Prozent reduziert das Einkommen der Familie. Siehe dazu auch die Studie von Avenir Suisse «Der strapazierte Mittelstand» vom 16. November 2012.
	3	Erhöhung des Anteils Fachhochschul- und Universitätsabsolventen (Quantität)	Reine Leistungskriterien für den Gymnasiumseintritt geltend machen und die Anzahl Gymnasialplätze erhöhen, wenn mehr Jugendliche die Kriterien erfüllen. Qualität der Sekundarstufe hoch halten und Durchlässigkeit von Sekundarschule und Gymnasium gewährleisten, ohne dass teurer Privatunterricht für begabte Schülerinnen und Schüler notwendig ist.	4	5	20	Aktion	Kantone	
	4	Erhöhung des Anteils Fachhochschul- und Universitätsabsolventen (Qualität)	Für genügend Ausbildungsplätze an den Fachhochschulen und Universitäten sorgen. Die Qualität der Ausbildung an Gymnasium und Universitäten hoch halten und wo nötig noch verbessern, auch wenn die Zahl der Studierenden weiter ansteigt. Entsprechende Investitionen sollen bewilligt und allenfalls die Studiengebühren erhöht werden.	4	4	16	Aktion	Kantone	

Herausforderung (1)	Nr. (2)	Titel Massnahme (3)	Beschreibung Massnahme (4)	Wirkung (5)	Machbarkeit (6)	Priorität (7)	Typ (8)	Akteur (9)	Bemerkungen (10)
	5	Berufliche Weiterbildung intensivieren	Die Arbeitgebenden zu mehr Investitionen in ihre Mitarbeitenden motivieren und vorhandene Qualifikationen gezielter nutzen.	5	3	15	Position, Aufforderung, Kommunikation	Arbeitgebende, Fachverbände und Fachhochschulen	Verstärkung des Diversity Management und Schaffung von angepassten Lehrgängen; Best-Practice-Beispiele aufzeigen, vgl. Firma Zweifel.
	6	Erhöhung der Steuerabzüge für Zweitausbildungen prüfen, Förderung der Weiterbildung +/- 40 Jahren	Erhöhung der finanziellen Anreize für Höher- und Weiterqualifikation der ansässigen Bevölkerung.	3	4	12	Aktion Position, Aufforderung, Kommunikation	Kantone MK, Kantone	Anreize müssen praxisnah ausgestaltet werden. Möglicherweise ist es sinnvoll, branchen- oder altersspezifische Eigenheiten zu berücksichtigen, um tatsächlich den Fachkräftemangel zu verringern.
	7	Verbesserung der internationalen Anerkennung der Schweizer Ausbildungsdiplome, inklusive Berufsbildungsdiplome	Marketing- und Informationskampagne unterstützen, damit das schon bestehende Fachkräfteangebot auch von internationalen Firmen gut genutzt wird. Eine bessere Anerkennung der inländischen Ausbildungsgänge erhöht die Ausbildungsmotivation und damit das Angebot an hoch qualifizierten Fachkräften.	3	4	12			
	8	Prüfung von Alternativen zu Kontingenten für Drittstaatenangehörige	Ein Punktesystem würde die Zuwanderung aus Drittstaaten über Anforderungen an die Arbeitsmarktfähigkeit und den Bildungsstatus sowie Sprachkenntnisse steuern. Dieses System könnte in Bezug auf die Vielfalt der Kriterien, die Transparenz usw. Vorteile gegenüber dem heutigen Bewilligungssystem mit Kontingenten haben. Es wäre flexibel handhabbar. Über das heutige Kontingentsystem werden Personen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund aus Drittstaaten in die Schweiz geholt und die Zuwanderung ist stark mengenbegrenzt.	4	3	12	Position, Aufforderung, Kommunikation	Bund, Kantone	Das Punktesystem soll über seine Flexibilität gezielter den Fachkräftemangel bekämpfen helfen, aber nicht zwingend zu einer höheren Zuwanderung führen. Es ersetzt nicht die inländischen Massnahmen (1-3, 5-11), die über eine Höherqualifizierung der Ansässigen den Fachkräftemangel bekämpfen helfen.
	9	Flexibilisierung des Pensionsalters	Die Flexibilisierung des Pensionsalters könnte den Pool ansässiger Arbeitskräfte vergrössern. Entsprechende Konzepte sollten geprüft werden: zum Beispiel die Flexibilisierung des Renteneintrittsalters aufgrund bestimmter rechtlicher Voraussetzungen oder aufgrund der Branchenzugehörigkeit, individuelle Möglichkeiten der Flexibilisierung wie Altersteilzeit und Teilrente oder potenziell individuelle Ansätze wie beispielsweise das Modell des persönlichen Entwicklungskontos.	4	2	8	Position, Aufforderung, Kommunikation	Bund, Kantone, Gemeinden	

Herausforderung (1)	Nr. (2)	Titel Massnahme (3)	Beschreibung Massnahme (4)	Wirkung (5)	Machbarkeit (6)	Priorität (7)	Typ (8)	Akteur (9)	Bemerkungen (10)
03) Verdrängung ansässiger Arbeitnehmender	10	Qualifikationen von ansässigen Ausländerinnen und Ausländern verbessern	Die Bemühungen des Bundes (Fachkräfteinitiative) bezüglich der Einführung eines berufsbegleitenden Sek-II-Abschlusses für gering qualifizierte Arbeitnehmende unterstützen. Die kantonalen Bemühungen im Bereich Wiedereingliederung der Arbeitslosen und Sozialhilfeabhängigen sind im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten weiterzuführen und zu stärken.	4	5	20	Position, Aufforderung, Kommunikation	Kantone, Bund	
	11	Intensivierte Umsetzung der geltenden Rechtsbestimmungen	Flankierende Massnahmen zur Einhaltung der orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen verstärkt umsetzen.	4	4	16	Aktion	Kantone	
	12	Flexibilität des Arbeitsmarktes im Inland sichern	Überregulierung des Arbeitsmarktes verhindern, namentlich keine Einführung nationaler Mindestlöhne.	4	4	16	Position, Aufforderung, Kommunikation	Bund, Kantone	
	13	Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit ausländischer Dienstleistungsanbieter	Neue Gesetze, die seit 1. Januar 2013 gültig sind, konsequent umsetzen und die Straf- und Rechtshilfeverfahren in diesem Bereich optimieren.	4	4	16	Aktion	Kantone	
	14	Erhöhung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von gewissen persönlichen Dienstleistungen	Die Einführung von höheren Steuerabzügen für Dienstleistungen, welche die Sozialwerke entlasten (Kinder- und Altenbetreuung), wäre finanzpolitisch vertretbar und könnte Arbeitsplätze für Wenigerqualifizierte schaffen. Es würde Dienstleistungen, die ansonsten in der Familie oder als Schwarzarbeit erbracht werden, in die erfasste Wertschöpfung eingliedern.	4	3	12	Aktion	Bund, Kantone, Gemeinden	Langfristiger Prozess
04) Soziale Durchmischung und Marktmechanismen im Immobilien- und Wohnungsmarkt	15	Angebot an bezahlbarem Wohnraum in hoher Qualität im städtischen Gebiet fördern	Mit massgeschneiderten Sondernutzungsplänen sollen Gemeinden und Investoren Verhandlungslösungen für Arealentwicklungen suchen. Diese sollen sowohl die Qualität insgesamt als auch die Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum thematisieren. Der Fokus ist dabei auf die Erneuerung und die Weiterentwicklung bestehender Siedlungsstrukturen zu legen.	4	4	16	Aktion	Gemeinden	Die Unterschiede unter den Städten sind beträchtlich. In Zürich ist der genossenschaftliche Wohnbau schon sehr stark und die Unterstützung durch die Stadt gross. In Städten wie Luzern dagegen ist der Handlungsbedarf der öffentlichen Hand grösser.
	16	Gemeinwirtschaftliche Wohnungen zielgerichtet bewirtschaften	Bestrebungen unterstützen, welche sicherstellen, dass gemeinwirtschaftliche Wohnungen tatsächlich Bevölkerungsschichten mit geringen oder mittleren Einkommen zukommen. Dies können die Vergabepaxis, Belegungsvorschriften oder Kontrollen sicherstellen. Neue öffentliche Unterstützung für Wohngenossenschaften ist an entsprechende Auflagen zu binden.	4	3	12	Position, Aufforderung, Kommunikation	Gemeinden	Die Definition von «einkommensschwach» muss situativ sein, eine obere Einkommensgrenze sollte aber möglich sein.

Herausforderung (1)	Nr. (2)	Titel Massnahme (3)	Beschreibung Massnahme (4)	Wirkung (5)	Machbarkeit (6)	Priorität (7)	Typ (8)	Akteur (9)	Bemerkungen (10)
	17	Balance halten zwischen regulatorischen Eingriffen und Marktmechanismen im Immobilien- und Mietwohnungsmarkt	Die Kommunikation der Studienresultate zum Immobilien- und Mietwohnungsmarkt verbessern, um den tatsächlichen Handlungsspielraum und die Wechselwirkungen in diesem Bereich besser verständlich zu machen. Neue Einschränkungen des Immobilienmarktes sollten vorgängig grundlegend auf ihre Gesamtwirkung sowie ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis überprüft werden.	3	4	12	Position, Aufforderung, Kommunikation	MK, Kantone, Gemeinden	
Gesellschaft/Integration									
05) Verlustängste und Ausgrenzung	18	Partizipation ermöglichen durch Sprachkurse	Sprache ermöglicht Kommunikation und somit Partizipation. Wer sich nicht mitteilen kann, ist ausgegrenzt. Dank einem guten und niederschweligen Angebot bis mindestens Niveau A2 GER können sich interessierte Personen die notwendigen Deutschkenntnisse aneignen.	5	5	25	Aktion	Kanton, Gemeinden, Arbeitgebende	Die Kurse sollten im Sinne der Niederschwelligkeit kostengünstig sein und dank Kinderhorten sollte auch Müttern die Teilnahme ermöglicht sein. Die im Rahmen der kantonalen Integrationsprogramme angedachten Fördermassnahmen sind weiterzuentwickeln.
	19	Beziehungsarbeit als Erfolgsfaktor	In kleinräumigen Strukturen ist die persönliche Beziehung der wichtigste Schlüssel zum Aufbau eines gegenseitigen Verständnisses und zum Abbau von Vorurteilen. Die Kommunikation regionaler Stellen soll wenn möglich in persönlichen Gesprächen erfolgen. Ebenso sind nachbarschaftliche Projekte unter dem Aspekt des Miteinanders durch die lokalen und regionalen Stellen zu unterstützen.	5	4	25	Aktion	Gemeinden, regionale und lokale Integrationsstellen	Verbindung zu den Massnahmen im Bereich Partizipation
	20	Information verstärken und zugänglich machen	Zugewanderte werden über Förderangebote und Erwartungen informiert. Ihnen stehen Anlauf- und Informationsstellen zur Verfügung. Die eingewanderte Bevölkerung wird über die Bedeutung der Zuwanderung ins Bild gesetzt.	5	4	20	Aktion	MK, Kantone, Gemeinden	Umsetzung des Informationsauftrages gemäss Art. 56 AuG und gemäss kantonalen Integrationsprogrammen (Pfeiler 1: Information und Beratung); Informationsbroschüren, Erstbegrüssung, Sensibilisierungskampagnen, usw. Vgl. Projekt der aufsuchenden Informationsarbeit im Freiamt AG (www.toolbox-freiamt.ch).
	21	Sozialer Ausgrenzung vorbeugen	Sozial schwächer gestellte Personen und Gruppen können durch Verdrängungseffekte ihr angestammtes Tätigkeitsfeld, ihr Lebensumfeld und ihren Sozialstatus verlieren. Prävention soll sich auf diese Gruppen konzentrieren; bestehende Fördermassnahmen sind entsprechend zu prüfen.	4	4	16	Aktion	Bund, Kantone, Gemeinden	Verbindung zu den Massnahmen in den Bereichen berufliche Weiterbildung und soziale Integration. Sprachförderangebote für länger anwesende Personen mit unvoreilhaftem Bildungshintergrund schaffen.

Herausforderung (1)	Nr. (2)	Titel Massnahme (3)	Beschreibung Massnahme (4)	Wirkung (5)	Machbarkeit (6)	Priorität (7)	Typ (8)	Akteur (9)	Bemerkungen (10)
	22	Potenziale im Vereinswesen nutzen	Zuwandernde verfügen über Ressourcen, die auch in Vereinen genutzt werden können, und die Zusammenarbeit kann das gegenseitige Verständnis zwischen Zugewanderten und Ansässigen fördern. Mit Förderbeiträgen bei entsprechenden Aktivitäten kann die Öffnung der Vereine unterstützt werden.	5	3	15	Position, Aufforderung, Kommunikation	Kantone, Gemeinden, Vereine	Verbindung mit den kantonalen Integrationsprogrammen im Bereich «Soziale Integration». (Einbezug von bspw. www.vitaminb.ch ; Förderbeiträge im Bereich Integration durch Sport: Ausbildungsbeiträge für Stärkung interkulturelle Kompetenzen Trainer usw.)
06) Ausrichtung der Integrationsarbeit	23	Chancengleicher Zugang zu Regelstrukturen der Frühförderung	Die Angebote der Frühförderung wie Kinderbetreuung, Elternbildung usw. sind so ausgestaltet, dass sie auch Migrantenfamilien offen stehen.	5	4	20	Aktion	Kantone, Gemeinden	Sozialtarife ermöglichen finanziell schwächer gestellten Familien den Zugang; auf Angebote wird in den wichtigsten Sprachen hingewiesen; die Öffnungszeiten nehmen auf Schichtarbeitende Rücksicht, etc. Verbindung zu Massnahme 1.
	24	Einrichten von regionalen Anlaufstellen	Integrationsarbeit ist eine Querschnittaufgabe, die auf allen Ebenen koordiniert geleistet werden muss. Um die kantonale, regionale und lokale Integrationsarbeit konsequent umzusetzen, müssen Anlaufstellen bezeichnet respektive geschaffen werden.	4	5	20	Organisation, Struktur	Kantone, Gemeinden	Die Kantone haben Integrationsdelegierte bezeichnet. Die Gemeinden sind eingeladen, mit den Kantonen und innerhalb der Regionen zusammenzuarbeiten und Kompetenzzentren zu schaffen. (Bsp. Kanton SG: Regionale Kompetenzzentren geschaffen oder im Aufbau; Strategie Kantone TG/ZH: Bildung von regionalen Kompetenzzentren)
	25	Bildungspotenziale nutzen und fördern	Ein grosser Teil der Neuzugewanderten verfügt über eine gute Ausbildung und arbeitet in hoch qualifizierten Berufen. Ein kleinerer Teil der Neuzugewanderten vermag den Anschluss in eine ihrer Ausbildung entsprechende Arbeitsstelle nicht zu finden, trotz der Unterstützung durch Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV). Durch gezielte frühzeitige Unterstützung und die Anerkennung ausländischer Diplome kann die Integration in den Arbeitsmarkt verbessert werden.	5	4	20	Aktion	Bund, Kantone, Gemeinden	Beratung der Personen und gezielte Unterstützung (Sprachförderung, Mentoringprogramme) durch die Berufsberatungsstellen, Kompetenzzentren Integration u.a.m. Beispiele: Incluso oder Förderprojekt des Christlichen Friedensdienstes
	26	Sensibilisierung für Diversity im Verwaltungsbereich	Positive Beispiele aus dem Diversity Management von internationalen Firmen sollen als Best-Practice-Beispiele für die Verwaltung dienen. Interkulturelle Kompetenzen sind mittels Aus- und Weiterbildungen zu fördern wie auch bei Stellenbesetzungen zu beachten. Die Kompetenzzentren Integration stehen für die Erarbeitung von entsprechenden Umsetzungskonzepten beratend zur Verfügung.	4	4	16	Position, Aufforderung, Kommunikation	Kanton, Gemeinden	Leitbilder der Verwaltung werden überprüft und nehmen Anliegen des Diversity und der Diskriminierung ernst. Bei Stellenbesetzungen wird auf transkulturelle Kompetenzen geachtet. Die regionalen Kompetenzzentren Integration können unterstützend beigezogen werden und bieten je nach Leistungsprofil Weiterbildungen an.

Herausforderung (1)	Nr. (2)	Titel Massnahme (3)	Beschreibung Massnahme (4)	Wirkung (5)	Machbarkeit (6)	Priorität (7)	Typ (8)	Akteur (9)	Bemerkungen (10)
	27	Arbeitgebende im Erbringen von Integrationsleistungen stärken und unterstützen	Die Arbeitgebenden, insbesondere KMU, sind aufgefordert, über die Einstellung ausländischer Arbeitskräfte hinaus zur sozialen Integration dieser Arbeitskräfte und ihrer Familien beizutragen – mit Sprachkursen, Unterstützung von Vereinsarbeit oder interkulturellen Anlässen. Sie sind durch die lokalen und regionalen Kompetenzzentren Integration in ihrer Aufgabe zu unterstützen.	4	4	16	Position, Aufforderung, Kommunikation	Gemeinden, Arbeitgebende	Gute Beispiele sozialer Integrationsleistung seitens Arbeitgebende sind vorhanden und können übernommen/adaptiert werden.
	28	Abstimmung der Förderprojekte auf die Zielgruppen	Die neue Zuwanderung erfordert eine Überprüfung der spezifischen Integrationsförderung: Hoch qualifizierte Personen verfügen über mehr Ressourcen und haben gegenüber schlecht qualifizierten einen geringeren oder keinen Unterstützungsbedarf. Flexible und angepasste Integrationsmassnahmen sind unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten zu entwickeln und beziehen auch die ansässige Bevölkerung ein.	4	4	16	Aktion	Kantone, Gemeinden	Angebote und ergänzende Massnahmen, die aus den Mitteln der spezifischen Integrationsförderung von Bund und Kantonen finanziert werden, sollen sich in erster Linie an jene Zielgruppen richten, die eine staatliche Unterstützung nötig haben. (Empfehlungen KID, Arbeitspapier «Die neue Zuwanderung»)
07) Partizipation auch ohne Stimm- und Wahlrecht	29	Partizipation ermöglichen und Verantwortung übertragen	Personen wirken bei Planungs- und Umsetzungsprozessen unabhängig von ihrem Bürgerrechtsstatus mit. Mit Kleinprojekten kann Verantwortung delegiert und das Zusammenleben in Quartieren gestärkt werden.	4	4	16	Aktion	Gemeinden, Quartiere	Als Beispiele dienen Quartierentwicklungsprozesse mit Einbezug der verschiedensten Akteure, wie z.B. in Töss (Winterthur), Luzern (Basel-Bern-Strasse), Projekt ZWAW Adliswil, Quartierentwicklung Ergaten-Talbach Frauenfeld. Vgl. auch die Bundesprogramme «Projets urbains» und «Periurbain».
	30	Partizipation als Prozessqualität einplanen	Bei grösseren öffentlichen Vorhaben und der Entwicklung von planerischen Grundlagen sollen betroffene Personen und Gruppen bereits in der Planungsphase einbezogen werden.	4	4	16	Aktion	MK, Kantone, Gemeinden	Die aktive Beteiligung aller interessierten und betroffenen Personen oder Gruppen führt zu einer besseren Akzeptanz getroffener Entscheide und ist somit eine wichtige Prozessqualität in Planungsfragen. Vgl. z.B. Projekt ZHAW: Sozialmonitoring in Neubaugebieten von Agglomerationsgemeinden.
	31	Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigt Vielfalt	Informations- und Öffentlichkeitsveranstaltungen nehmen Rücksicht auf die Vielfalt der Bevölkerung. Gemeinden laden auch Personen ohne Stimm- und Wahlrecht ein.	3	4	12	Aktion	Gemeinden	Gemeinden nehmen auf die sprachlichen Schwierigkeiten (Verständnisbarriere Schweizerdeutsch) zahlreicher Zugezogener Rücksicht.
08) Gesellschaftsstruktur Soziales Engagement im Wandel	32	Förderung von Kleinprojekten	Die Gesellschaft ist auf das Engagement Freiwilliger angewiesen. Regionale und lokale Kleinprojekte fördern das Zusammenleben und nehmen die lokale Bevölkerung in die Verantwortung. Die Projekte sollen durch die Kompetenzzentren Integration beratend unterstützt werden.	5	4	20	Aktion	Kantone, Gemeinden	Die Beteiligung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen und der Einbezug einer Organisation der Zivilgesellschaft oder der Verwaltung soll als Voraussetzung für Finanzbeiträge verlangt werden.

Herausforderung (1)	Nr. (2)	Titel Massnahme (3)	Beschreibung Massnahme (4)	Wirkung (5)	Machbarkeit (6)	Priorität (7)	Typ (8)	Akteur (9)	Bemerkungen (10)
	33	Einrichten von Treffpunkten	Quartiertreffpunkte, Gemeindezentren und ähnliche Orte dienen als Versammlungsräume für Personen aus verschiedenen Kulturkreisen. Diese niederschweligen Treffpunkte fördern projektbezogene Aktivitäten ausserhalb von Vereinsstrukturen, denn die Organisation in Vereinen verliert an Bedeutung. Die öffentliche Hand unterstützt solche Treffpunkte und damit neue Strukturen der Selbstorganisation.	4	4	16	Aktion	Gemeinden	
	34	Sozialpolitik soll Familien stärken	Kleinkinder machen in Gruppen gute soziale Erfahrungen. Eine gute familienergänzende Kinderbetreuung stärkt nicht nur die Kinder, sondern auch deren Eltern. Diese können Beruf und Familie besser verbinden. Die Unterstützung der Eltern durch Betreuungsgutscheine oder die Ermöglichung von subventionierten Betreuungsplätzen stärkt insbesondere schwächer gestellte Familien und nützt der gesamten Gesellschaft.	5	3	15	Aktion	Kantone, Gemeinden	Ein attraktives Angebot an qualitativ guten Betreuungsplätzen ist ein wichtiger Standortvorteil.
Raum/Siedlung									
09) Räumliche Verteilung des weiteren Wachstums	35	Umsetzung der Vorgaben des neuen Raumplanungsgesetzes (RPG)	Anforderungen an kantonale Richtpläne bezüglich Ausscheidung und Begrenzung des Siedlungsgebiets umsetzen.	5	5	25	Aktion	Kantone	Nationale Vorgabe nach Annahme RPG. Sollte in allen Kantonen des Metropolitanraums eingeführt werden.
	36	Sich auf Wachstumsräume einigen	Strategien zur Siedlungsentwicklung im Metropolitanraum abstimmen.	5	4	20	Aktion	Kantone, MK	Entsprechende Arbeiten/Aktionen der Kantonsplanerinnen und -planer laufen bereits.
	37	Erarbeitung regionaler/kommunaler Raumentwicklungskonzepte	Die Kantone unterstützen Gemeinden bzw. Gemeindeverbände und Planungsverbände beim Erstellen von Richtplanungen und sozialräumlichen Entwicklungskonzepten.	4	5	20	Aktion	Kantone, Gemeinden	Die Kantone helfen, den Erfahrungsaustausch unter Gemeinden zu fördern. Evtl. ist die Ausdehnung dieser Aufgabe auf den Metropolitanraum sinnvoll, auch für kleinere Gemeinden. Als Referenz für sozialräumliche Entwicklungskonzepte gelten die «Projects urbains» des Bundes.
	38	Gezielter Ausbau des Agglomerationsverkehrs	Sicherstellen, dass Verbesserungen von Erschliessungen nur jenen Räumen zugutekommen, die auch tatsächlich wachsen sollen.	5	4	20	Aktion	MK, Kantone, ZVV	Keine S-Bahn-Erweiterung in den ländlichen Raum, Taktverdichtung nur zwischen den Zentren; im Fokus steht S-Bahn der zweiten Generation.
	39	Ausschreibung eines Metropreises	Gemeinden mit einer vorbildlichen Entwicklungsplanung sollen eine Auszeichnung der Metropolitankonferenz gewinnen können. Evtl. eine Auszeichnung für «Nachhaltiges Wachstum» und eine für «Nachhaltiges Nullwachstum».	4	4	16	Aktion	MK, Gemeinden	Vgl. auch Wakker-Preis

Herausforderung (1)	Nr. (2)	Titel Massnahme (3)	Beschreibung Massnahme (4)	Wirkung (5)	Machbarkeit (6)	Priorität (7)	Typ (8)	Akteur (9)	Bemerkungen (10)
	40	Siedlungsentwicklung in Bahnhofsarealen fördern	Gemeinsame Grundsätze zur Entwicklung von Bahnhofsumfeldern erarbeiten.	4	4	16	Aktion	MK, Kantone, Gemeinden, SBB	Das Thema ist auch stärker in die Öffentlichkeit zu tragen.
10) Wachstum in den urbanen Räumen	41	Strategie «Qualitätsvolle Verdichtung»	Die Metropolitankonferenz lässt eine «Anleitung zur qualitätsvollen Verdichtung» erstellen, unter Einbezug der sozialräumlichen Aspekte.	4	4	16	Grundlagen	MK	(Basis z.B. Toolbox der Metron, Arbeitshilfe Siedlungsentwicklung nach innen im Kanton Luzern)
	42	Übersicht der grossen Entwicklungsareale erstellen	Aufzeigen, wo im Metropolitanraum noch grössere gut erschlossene Areale liegen, auf denen eine substanzielle Siedlungsentwicklung stattfinden könnte.	4	4	16	Grundlagen	MK, Kantone	Potenzialübersichten sind notwendig als Entscheidungs- und Aktivierungsgrundlage.
	43	Siedlungsstrukturierung auf regionaler und kommunaler Ebene vornehmen	Siedlungsgebiete bezeichnen, die aus regionaler oder kommunaler Sicht umstrukturiert, weiterentwickelt, erneuert oder bewahrt werden sollen.	5	3	15	Aktion	Kantone, Regionen, Gemeinden	Vgl. Umsetzungsvorlage Kulturlandinitiative des Kantons Zürich
	44	Erfahrungsaustausch Planungsverfahren	Übersicht erstellen zu erprobten vorgelagerten Planungsverfahren wie Ideenwettbewerben oder Studienaufträgen und zu ordentlichen Planungsverfahren wie Nutzungsplanverfahren oder Quartierplanverfahren im Metropolitanraum.	3	5	15	Grundlagen	Kantone	Die Governance im Metropolitanraum ist verstärkt abzustimmen; Merkblätter der Kantone Aargau und Zürich.
	45	Kostenwahrheit im Verkehr herstellen, Mobilität verteuern	Die gegenwärtig dispersen Siedlungsstrukturen sind auch das Resultat verkehrspolitischer Entscheide, beispielsweise zum Fahrplanausbau, zur Beschleunigung beim ÖV oder zu tiefen Mobilitätskosten. Die Konzentration des Siedlungswachstums in den Zentren wird gefördert, wenn Mobilität teuer ist. Im Verkehr ist deshalb Kostenwahrheit herzustellen, zum Beispiel mittels Carbon Tax oder geringerer Steuerabzüge fürs Pendeln.	4	2	8	Aktion	MK, Kantone	Falsche Anreize sind zu hinterfragen. Dies ist v.a. ein wichtiges Thema der Bundespolitik.
11) Verfügbarkeit von Arbeitszonen für Gewerbe und Industrie	46	Bestehende Industrie- und Gewerbebezonen halten	Die noch bestehenden Industrie- und Gewerbebezonen sollen grundsätzlich beibehalten werden. Eine vollständige Öffnung für reine Wohnnutzungen ist zu vermeiden.	5	4	20	Aktion	Regionen, Gemeinden	Bsp. in Diskussion stehende Umnutzungsabsichten in Zürich Seebach (Rheinmetall) und zahlreiche weitere
	47	Neue, regional abgestimmte Flächen für Industrie- und Gewerbe bereitstellen	Für die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben sollen geeignete Siedlungsgebiete bezeichnet werden. Die Raumsicherung macht den Ausschluss konkurrierender Nutzungen zum Beispiel für Wohnen oder Dienstleistung notwendig.	5	4	20	Aktion	Kanton, Regionen, Gemeinden	Bsp. in Diskussion stehende regionale Arbeitsplatzgebiete im Kanton Zürich gemäss Richtplanvorlage 4882
12) Bewältigung der Mobilität	48	Innovative Arbeitsmodelle wie Heimarbeit oder flexible Arbeitszeiten fördern, um die Belastung der Verkehrsinfrastruktur zu vermindern	Die Infrastruktur des ÖV ist auf die Spitzenbelastungen im Pendlerverkehr ausgelegt. Eine Reduktion und eine bessere Verteilung im Tagesgang könnten eine Entlastung bringen.	4	4	16	Aktion	Private, Kantone, Gemeinden	Vgl. Ergebnisse «Zukunft urbane Mobilität (ZUM)»

Herausforderung (1)	Nr. (2)	Titel Massnahme (3)	Beschreibung Massnahme (4)	Wirkung (5)	Machbarkeit (6)	Priorität (7)	Typ (8)	Akteur (9)	Bemerkungen (10)
	49	Regelmässige Auslastung der Achsen des öffentlichen Verkehrs anstreben	Prüfen, inwiefern das Verkehrssystem bezüglich Richtung und Tageszeit flexibler genutzt werden könnte. Dazu könnten beispielsweise öffentliche Bauten in Regionalzentren angesiedelt oder Verkehrsspitzen durch Arbeitsmodelle geglättet werden.	3	3	9	Grundlagen	MK	Vgl. Diskussion um Mittelschulstandorte im Kanton Zürich
13) Finanzierung der Infrastruktur	50	Möglichkeiten zur Nutzerfinanzierung im Verkehr aufzeigen	Möglichkeiten aufzeigen, um den Erhalt und die Weiterentwicklung des Verkehrssystems über eine möglichst direkte Nutzerfinanzierung zu gewährleisten.	3	3	9	Grundlagen	MK, Kantone, Gemeinden	Laufendes Projekt der Arbeitsgruppe Verkehr
Governance									
14) Steuerung im funktionalen Raum	51	Wissensmanagement und Know-how-Transfer	Komplexe Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Fachbereichen erfordern die enge Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Das in allen Bereichen gesammelte Wissen kann nur koordiniert seine volle Wirkung entfalten. Der Transfer von Know-how, namentlich in die Gemeinden, muss gefördert werden.	5	4	20	Organisation, Struktur	MK, Kantone, Gemeinden	Wissensmanagement ermöglicht ein vernetztes Vorgehen über die Fachbereiche hinaus. Die Auswirkungen der Zuwanderung und des allgemeinen Wachstums lassen sich nicht in einzelnen Departementen und politischen Einheiten lösen.
	52	Zusammenarbeit der Kantone im Metropolitanraum	Die neu entwickelte Zusammenarbeit der Kantone im Metropolitanraum bei Raumplanungsfragen soll weitergeführt und auch auf andere Fachbereiche wie Standortentwicklung oder Mobilität ausgedehnt werden.	4	4	16	Organisation, Struktur	MK, Kantone, Gemeinden,	Informell erfolgt Zusammenarbeit. Eine formelle Zusammenarbeit ist zu prüfen!
	53	Förderung der Zusammenarbeit der Gemeinden	Funktionale Räume umfassen stets mehrere Gemeinden. Diese sollten sich deshalb vermehrt als gemeinsamer Raum verstehen (GLOW im Glattal) und in Fragen der Siedlungs- und Infrastrukturplanung sowie der Standortentwicklung enger zusammenarbeiten.	4	4	16	Organisation, Struktur	Kantone	Planung in funktionalen Räumen einfordern (kommt auch mit Rev. RPG [2]).

Abbildung 18: Massnahmenliste

Legende zur Massnahmenliste

- (1) Herausforderung: Nummer und Kurztitel der Herausforderung, der die Massnahme zugeordnet ist
- (2) Nr.: Nummer der Massnahme (fortlaufend)
- (3) Titel Massnahme: Kurztitel der Massnahme
- (4) Beschreibung Massnahme: Beschreibung der Massnahme in wenigen Sätzen oder Stichworten

- (5) Wirkung: Einschätzung der Wirkung auf die Bewältigung der Herausforderung; von 5 (sehr hoch) bis 1 (sehr gering)
- (6) Machbarkeit: Einschätzung der technischen, zeitlichen und politischen Machbarkeit; von 5 (sehr hoch) bis 1 (sehr gering)
- (7) Priorität: Priorität der Massnahme (wird berechnet durch Multiplikation von Wirkung und Machbarkeit)

- (8) Typ: Typ der Massnahme, wobei vier Typen unterschieden werden:
 Aktion: Massnahmen, die konkrete Handlungen oder Prozesse auslösen
 Position, Aufforderung, Kommunikation: Massnahmen, die eine gewisse Position/Haltung, kommunikative Aspekte oder eine Forderung zum Inhalt haben
 Organisation, Struktur: Massnahmen, die zu organisatorischen oder strukturellen Veränderungen führen
 Grundlagen: Massnahmen, die zum Zweck haben, wissenschaftliche und informative Grundlagen zu erarbeiten, zusammenzustellen und aufzubereiten

- (9) Akteur: Zuständigkeit für die Umsetzung der Massnahme: Metropolankonferenz (MK), Kantone, Gemeinden, Unternehmen, Private, andere
- (10) Bemerkungen: Bemerkungen zur Massnahme; Verweis auf Abhängigkeit von anderen Herausforderungen oder Massnahmen (wenn, dann...); Beispiele mit ähnlichem Charakter, wie ihn die postulierten Massnahmen haben

II Workshop-Teilnehmende

Folgende Personen haben an Workshops im Rahmen des Projekts teilgenommen:

Bachmann Ruth, Kanton Luzern	Kolb Daniel, Kanton Aargau
Bächtold Hans-Georg, Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein SIA	Küng Lukas, ETH Zürich
Bähr Konstantin, Kanton Zürich	Kutter Markus, Stadt Frauenfeld (Kernteam, TPL)
Baldinger Linda, Kanton Aargau	Leblanc Johannes, Kanton Zürich
Barmettler Irène, Kanton Luzern	Lüdin Werner, Kanton Zürich
Barsuglia Myriam, Hochschule Luzern Wirtschaft	Lukac Antoine, Seco
Baumgartner Felix, Stadt Wil	Meier Beda, Kanton St. Gallen
Bischof Michael, Stadt Zürich	Morais Julia, Kanton Zürich
Blank-Antakli Zeljka, Stadt Kreuzlingen	Moser Peter, Kanton Zürich (Kernteam, TPL)
Brühlmeier Daniel, Kanton Zürich (Kernteam)	Mühlinghaus Tresch Sabine, Kanton Zürich
Bucher Peter, Stadt Luzern	Müller-Jentsch Daniel, Avenir Suisse
Danaci Deniz, Kanton Zürich	Natrup Wilhelm, Kanton Zürich (Kernteam, TPL)
Däpp Stefan, Bundesamt für Migration	Neidhart Bernhard, Kanton Zug
Dössegger Stefan, Kanton Aargau	Peter Sacha, Kanton Zürich (Kernteam, TPL)
Eckhart Birgitt, Generis AG, Kanton Schaffhausen	Scheuch Doris, Kanton Aargau
Emmenegger Sascha, Kanton Zürich	Sorg Isabelle, Integrationsfachstelle für die Region Schaffhausen
Gatti Susanne, Kanton Schaffhausen	Strickler Martin, Kanton Zug
Gorko Wladimir, Stadt Baden	Stutz Heidi, Büro BASS
Graf Samuel, Kanton Luzern	Thoma Matthias, Ernst Basler + Partner AG
Greber Linda, Kanton Aargau	Umbricht Michael, Kanton Aargau (Kernteam)
Guyer Lukas, Kanton Zürich (Kernteam, PL)	Wehrli-Schindler Brigit, Stadt Zürich / konzepte & projekte (Kernteam)
Gysin Nicole, Geschäftsstelle Konferenz der Integrationsdelegierten	Wicki Verena, Fabia Luzern
Hadziabdic Emina, Bundesamt für Migration	Wirz Aniela, Kanton Zürich (Kernteam, TPL)
Hasler-Dierauer Beatrice, Kanton Zürich	Witzemann Nadja, Stadt Winterthur
Helbling Hubert, Kanton Schwyz	Zubler Kurt, Integrationsfachstelle Region Schaffhausen
Hermann Michael, Sotomo	
Hodel Jenny, Bundesamt für Migration	
Hongler Hanspeter, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	
Hunziker Lelia, Kanton Aargau	
Hutter René, Kanton Zug	
Knecht Donat, Kanton Zug	

III Literaturhinweise

- Bericht des Bundesrates über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz; Bern, 2012.
- Bericht des Bundesrates zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Bundes; Bern, 2010.
- Bundesamt für Statistik; Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2010–2060; Neuchâtel, 2010.
- Bundesgesetz über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG), Änderung vom 15. Juni 2012.
- Daniel Müller-Jentsch, Avenir Suisse (Hrsg.); Die neue Zuwanderung – Die Schweiz zwischen Brain-Gain und Überfremdungsangst; Zürich, 2008.
- Dossier SAGW zur Migration/Integration:
<http://www.sagw.ch/sagw/laufende-projekte/kulturelle-vielfalt/Migration-und-Integration.html>
- Ecoplan, Urbane Herausforderungen aus Bundessicht – Ein Diskussionsbeitrag zur Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik; Bern, 2012.
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD, Fachkräfte für die Schweiz – Eine Initiative des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements; Bern, 2011.
- Europa Forum Luzern, Streitpunkt Zuwanderung – wie viel ist wirtschaftlich notwendig, was ist politisch verkraftbar? Textsammlung zum 22. Internationalen Europa Forum Luzern; Luzern, 2012.
- Metropolitankonferenz Zürich, Eine Vision für den Metropolitanraum Zürich; Zürich, 2009.
- Raumordnungskonzept für die Kantone im erweiterten Metropolitanraum Zürich, Arbeitspapier der KantonsplanerInnen; Stand März 2013 (unveröffentlicht).
- Runder Tisch Migration, Bericht zur Schweizerischen Migrationspolitik 2030 – Ausgangslage, Perspektiven und Herausforderungen; 2011.
- Schweizerische Eidgenossenschaft, Konferenz der Kantonsregierungen, Schweizerische Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz, Schweizerischer Städteverband, Schweizerischer Gemeindeverband; Raumkonzept Schweiz; Bern, 2012.
- Seco, BfM und BSV, 8. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU; Bern, 2012.
- Seco, Die Volkswirtschaft – das Magazin für Wirtschaftspolitik, Nr. 12-2001, Monatsthema Zuwanderung und ihre Herausforderungen; Bern, 2011.
- Tripartite Agglomerationskonferenz, Weiterentwicklung der Integrationspolitik. Bericht und Empfehlungen der TAK; Bern, 2009.
- Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich, Zuwanderung im Kanton Zürich – Auswirkungen auf den Wohnungs- und Arbeitsmarkt; Zürich, 2012.
- Zukunft urbane Mobilität, Schlussbericht; Zürich, 2012.
- Zürcher Kantonalbank (Hrsg.); Immigration 2030 – Szenarien für die Zürcher Wirtschaft und Gesellschaft; Zürich, 2009.

Impressum

Auftrag, Fachbericht

Das Projekt Immigration und Bevölkerungswachstum wurde von der Metropolitankonferenz Zürich am 11. Mai 2012 in Auftrag gegeben. Der vorliegende Fachbericht «Immigration und Bevölkerungswachstum im Metropolitanraum Zürich – Auswirkungen, Herausforderungen und Massnahmen» umfasst die technischen Projektergebnisse und bildet den Abschluss der Facharbeiten im Rahmen des Projekts.

Projektbearbeitung und Autorengruppe

Kernteam Immigration und Bevölkerungswachstum:

Lukas Guyer (Projektleitung), Regierungscontrolling, Kanton Zürich

Daniel Brühlmeier, Aussenbeziehungen, Kanton Zürich

Markus Kutter (Teilprojektleitung Gesellschaft/Integration), Fachstelle für Integration, Stadt Frauenfeld

Peter Moser (Teilprojektleitung Szenarien), Statistisches Amt, Kanton Zürich

Wilhelm Natrup (Teilprojektleitung Raum/Siedlung), Amt für Raumentwicklung, Kanton Zürich

Sacha Peter (Teilprojektleitung Raum/Siedlung), Amt für Raumentwicklung, Kanton Zürich

Michael Umbricht, Strategie und Aussenbeziehungen, Kanton Aargau

Brigit Wehrli-Schindler, ehemalige Direktorin Stadtentwicklung, Stadt Zürich

Aniela Wirz (Teilprojektleitung Wirtschaft/Arbeitsmarkt), Amt für Wirtschaft und Arbeit, Kanton Zürich

Kontakt

Verein Metropolitanraum Zürich
Geschäftsstelle, Grubenstrasse 12, 8045 Zürich
Tel.: +41 43 960 77 33
Fax: +41 43 960 77 39
E-Mail: info@metropolitanraum-zuerich.ch
www.metropolitanraum-zuerich.ch

Zürich, Mai 2013



